28. Jahrgang. Montag, 13. Juni. Abend-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

№ 12833. Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 ₰. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen. 1881.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 13. Juni. In Liverpool wurde gestern versucht, die Individuen, welche das Stadthaus zu sprengen versuchten, zu befreien. Circa 300 Männer marschirten nach dem Gefängniß, aber die Behörden waren rechtzeitig gewarnt, sie bewaffneten die Wärter und postirten dieselben vor das Gefängniß. Die Männer zerstreuten sich, als sie die Anstalten zum Schutze des Gefängnisses bemerkten.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Ems, 12. Juni. Der Kaiser traf heute Vormittag 10 Uhr bei prachtvollem Wetter im besten Wohlbefinden mit Gefolge hier ein. Zur Begrüßung waren der König von Schweden mit Gefolge, der Oberpräsident v. Bardeleben, der Regierungspräsident v. Wurmb, der Landrath Rolshoven, der Badecommissar v. Lepel, der Bürgermeister Spangenberg, die Geistlichkeit, die Generalität aus Coblenz und ein distinguirtes Badepublikum auf dem Bahnhofe anwesend. Unter den Hochrufen der zahlreich versammelten Bevölkerung begab sich der Kaiser in einem offenen Wagen durch die prachtvoll decorirten Straßen der Stadt nach dem Kurhaus.

London, 12. Juni. Nach einer Meldung aus Aden von heute sind die Mitglieder der zur Erforschung des Innern des Landes von Assab ausgegangenen italienischen Expedition, bestehend aus einem Unteroffizier, 4 Soldaten und 10 Seesoldaten, von den Eingeborenen niedergemacht worden. Nähere Nachrichten über den Vorgang selbst, sowie über Zeit und Ort, wo derselbe sich zutrug, sind noch nicht eingegangen.

Paris, 12. Juni. Der „Agence Havas" läßt sich aus Tunis vom 11. d. melden: Der französische Ministerresident Roustan hat den diplomatischen Vertretern der übrigen Mächte angezeigt, daß er von dem Bey mit der Wahrnehmung der Beziehungen zwischen ihnen und der Regierung des Bey's beauftragt sei. Der deutsche Generalconsul antwortete auf diese Anzeige sofort ohne Vorbehalt zustimmend; die übrigen Consuln beglückwünschten Roustan, erwarten aber für ihre Antwort noch die Instructionen ihrer Regierungen; der italienische Generalconsul hat noch nicht geantwortet. — Die tunesische Mission, welche sich nach Paris begeben soll, wird morgen an Bord der „Jeanne d'Arc" die Reise antreten.

Petersburg, 12. Juni. Der Reichskanzler Fürst Gortschakoff ist vom Kaiser gestern empfangen worden. — Zum Hauptvertreter Rußlands bei der Militär-Commission zur Ueberwachung der Uebergabe der bisher türkischen Gebietstheile an Griechenland ist der Oberst Philipow ernannt worden. — Die Uebersiedelung des kaiserlichen Hofs nach Peterhof ist für den 16. d. M. in Aussicht genommen.

Petersburg, 12. Juni. Auf Grund des kaiserlichen Befehls vom 21. Mai betreffend die Ausarbeitung eines Planes für die Herabsetzung der seitens der Bauern zu zahlenden Loskaufsumme macht die Regierung bekannt, daß die bezüglichen Verhandlungen am 14. Juni beginnen werden. Der „Regierungsbote" theilt die Namen von 12 zu den Verhandlungen eingeladenen Experten mit. Dieselben gehören der Landschaft, der Stadtverwaltung, dem Adel und dem Grundbesitze an.

Konstantinopel, 12. Juni. Das türkische Budget weist ein Deficit von ungefähr sieben Millionen Livres auf. — Der Sultan hat ein Irade erlassen, durch welche die Ermächtigung ertheilt wird zur Vornahme der Wahl eines armenisch-katholischen Patriarchen an Stelle Hassun's. Als wahrscheinlicher Nachfolger Hassun's wird Azarian bezeichnet.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. Juni.

Ueber Nacht ist endlich die Entscheidung über die Dauer der Reichstagssession getroffen; Angesichts des Umstandes, daß die Beschlußfähigkeit des Hauses über Ende dieser Woche hinaus ernstlich in Frage gestellt ist, hat der Reichskanzler auf die Einbringung einer Vorlage wegen der Bewilligung der Reichszuschüsse für Hamburg verzichtet. Vielleicht hat zu dieser Entschließung wesentlich die Erwägung beigetragen, daß eine Erledigung dieser Vorlage im Sinne des Reichskanzlers ohne die Betheiligung desselben schwierig sein würde. Der Reichskanzler selbst wird aber mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand in nächster Zeit an den Arbeiten des Reichstags nicht theilnehmen können. Die Angelegenheit wird also dem neuen Reichstag vorbehalten bleiben.

In der Voraussetzung, daß das Unfallversicherungsgesetz dem Reichstage weiter keine Kopfschmerzen machen werde, wird im Reichstage jetzt sogar schon die Möglichkeit discutirt, den Schluß der Session bis Mittwoch Abend herbeizuführen. Von Bedeutung sind nur noch die dritten Lesungen des Stempelsteuergesetzes und der Novelle zu dem Gerichtskostengesetz. Die erste steht bereits heute auf der Tagesordnung, die zweite wird Dienstag stattfinden können. Die Handelsverträge und die Handelsconvention mit Rumänien, die dritte Lesung der Abänderung des Zolltarifs und des Nachtragsetats sind ohne materielle Bedeutung. Auch bezüglich des Unfallgesetzes ist die Sachlage eine solche, daß der Bundesrath nur vor der Wahl steht, die Beschlüsse der zweiten Berathung in allen Hauptpunkten anzunehmen oder auf das Zustandekommen des Gesetzes überhaupt zu verzichten. Der erstere Fall wird allerdings nur von sehr wenigen Stimmen für möglich erklärt. Das Wahrscheinlichste ist, daß der Bundesrath sich damit begnügt, die Ablehnung des Staatszuschusses zu constatiren und das Gesetz ohne dieselben für unannehmbar zu erklären. Der Reichstag würde dann in die Lage kommen, in der dritten Lesung die Berathung nur bis § 13 durchzuführen. Alles das würde sich, vielleicht mit Zuhilfenahme einer Abendsitzung, bis übermorgen erledigen lassen.

Charakteristisch für die Stellung des Reichskanzlers zum Reichstage ist die uns bereits telegraphisch gemeldete Nachricht, daß trotz der Ablehnung der Etatsposition für den deutschen Volkswirthschaftsrath die Publikation der kaiserlichen Verordnung wegen Errichtung desselben für die nächste Zeit in Aussicht gestellt wird. Es ist freilich möglich, daß bei der dritten Berathung des Nachtragsetats von einem Mitgliede des Hauses der Antrag für Bewilligung der Diäten wieder aufgenommen wird. Bei der großen Majorität aber, mit der die Ablehnung in zweiter Lesung erfolgt ist, läßt sich ein Erfolg nicht erwarten. Wie man hört, sollen die Diäten und Reisekosten für die Mitglieder des Volkswirthschaftsraths aus dem kaiserlichen Dispositionsfond bestritten werden. Es bleibt nur räthselhaft, weshalb die Reichsregierung nicht von vornherein darauf verzichtet hat, die Bewilligung der Kosten seitens des Reichstags herbeizuführen; man würde dadurch wenigstens ein Vorgehen vermieden haben, welches selbst diejenigen nicht werden billigen können, welche für die Bewilligung der Diäten gestimmt haben.

Die Mittelparteien dürften bei den bevorstehenden Reichstagswahlen, bei denen sich wahrscheinlich die Gegensätze weit schärfer sondern werden, als bisher, einen sehr harten Stand haben. Das dürfte auch einer der Gründe sein, welcher die Nationalliberalen in letzter Zeit veranlaßt haben, den Vorlagen der Regierung gegenüber einen festeren Standpunkt einzunehmen, und das dürfte auch darauf hingewirkt haben, daß Herr v. Bennigsen neuerdings in entschiedener Weise als Redner der Parteien in den Vordergrund tritt. Am schlimmsten dürfte es den Freiconservativen gehen. Man wählte bisher, besonders in Oberschlesien, vielfach Freiconservative als Compromißcandidaten, was künftig schwer fallen wird. So hat jetzt im Wahlkreise Creuzburg-Rosenberg, wo man bisher meist auf einen Freiconservativen übereinkam, der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses der vereinigten Liberalen und Freiconservativen, Oberlehrer Jarklowski, sein Amt niedergelegt, da er bei der jetzigen politischen Strömung für einen Freiconservativen nicht wirken könne.

Die entschiedenen Conservativen sind auf die Freiconservativen wegen deren Abstimmung zum Innungsgesetz jetzt schlecht zu sprechen, und die „Germ." hofft, daß diese trübe Erfahrung vielleicht das Gute haben werde, daß die „echten" Conservativen im Sinne des Abg. Marcard sich von ihren angeblich „halbliberalen" Genossen auf der Rechten ab- und dem Centrum mehr und mehr zuwenden werden.

Die Schlappe, welche die englische Regierung durch die Annahme des Monk'schen Antrages betreffs des französischen Tarifs, seitens des Unterhauses erlitten, dürfte ihr keine große Sorge bereiten. Die „Times" sagt: Die Abstimmung ist bedeutsam, obwohl sie in einem sehr spärlich gefüllten Hause stattfand. Der von der Regierung geleistete Widerstand war schwach und lediglich auf Gründen zeitweiliger Zweckmäßigkeit basirt. Es wird täglich mehr und mehr klar, daß es besser ist, überhaupt gar keinen Handelsvertrag mit Frankreich zu haben als einen, welcher dem englischen Handel im Allgemeinen weniger Vortheile gewährt als er gegenwärtig genießt. Der neue französische Tarif deutet entschieden letztere Eventualität an, und der einzige Zweck, den die Unterhandlungen haben können, muß der sein, solche Veränderungen zu erzeugen, welche den status quo in dem allgemeinen Ergebniß aufrecht erhalten, wenn nicht verbessern. Wenn die Unterhandlungen in diesem Bestreben scheitern sollten, so bleibt der Regierung nichts Anderes übrig, als sich von denselben zurückzuziehen und ihre Freiheit des Handelns wieder aufzunehmen. Die „Daily News" beglückwünscht nicht allein Mr. Monk, sondern auch das Land und die Regierung zur Annahme der Resolution, weil dieselbe die Hände der Regierung stärken werde, um entweder ein gutes Abkommen mit Frankreich zu treffen, oder auf den Versuch, überhaupt einen Vertrag zu schließen, zu verzichten. Es sei wünschenswerth, daß die Angelegenheit zu einem solchen scharfen und entschiedenen Austrage gebracht werde.

Die Absicht, die Wahlen für die französische Deputirtenkammer früher anzuberaumen, scheint in parlamentarischen Kreisen an Unterstützung zu verlieren. Die Majorität der Linken befürchtet einen unangenehmen Eindruck und ernstliche Unzuträglichkeiten von einem Hinausschieben der Feststellung des Budgets, welcher Fall eintreten würde, wenn die Deputirtenkammer auseinandergehen sollte, ohne das Budget votirt zu haben. Die Budget-Commission wird daher beantragen, daß die Berathung des Budgets am nächsten Donnerstag beginnen soll.

Am 27. d. M. wird in Bulgarien die große außerordentliche Nationalversammlung gewählt, welche über die seltsamste Vorlage entscheiden soll, die jemals einem Parlament gemacht worden ist. Sie soll darüber beschließen, ob für die nächsten sieben Jahre, den Wünschen des Fürsten Alexander entsprechend, der Absolutismus in Bulgarien eingeführt werden oder ob die Verfassung in Kraft bleiben soll. Da der Fürst dem Lande keinen Mittelweg offen ließ, sondern es vor die Wahl zwischen seiner Person und der Verfassung stellte, so hat die bulgarische Volksvertretung eigentlich die Frage zu entscheiden, ob sie selbst oder ob der Fürst überflüssig ist, und dies Dilemma bildet jedenfalls ein Unicum in der Geschichte des Parlamentarismus. Die Mehrheit der bisherigen Kammer ist natürlich nicht gewillt, dem Wunsche des Fürsten sich zu fügen, um so weniger, da sie glaubt, daß der Fürst durch auswärtige Mächte, besonders durch Rußland, zu seinem Vorgehen veranlaßt ist. Sie hat einen „Offenen Brief an Fürst und Volk von Bulgarien" veröffentlicht, in welcher sie den Schritt des Fürsten beklagt und ihm vorschlägt, daß er die Verfassung nicht, wie er will, auf sieben, sondern nur auf drei Jahre suspendiren möge; während dieser Zeit solle ein aus acht Bulgaren bestehender „Staatsrath" eingesetzt werden und neben demselben ein für dieselbe Zeit gewähltes Ministerium unter unmittelbarem Vorsitz des Fürsten stehen. Diese Forderung ist besonders gegen den aus Finnland gebürtigen russischen General Ehrenroth gerichtet, welcher als Kriegsminister nach Bulgarien berufen wurde, jetzt aber während des Provisoriums der Leitung sämmtlicher Geschäfte in die Hand genommen hat und während der sieben mageren Jahre des Absolutismus dieselbe auch behalten soll. Der Fürst denkt nicht daran, diesen Forderungen nachzukommen; er betrachtet jede Opposition gegen die von ihm verlangten radicalen Maßregeln als persönliche Feindschaft gegen seine Person. Er hat, wie die „Kreuzztg." von dort berichtet wird, Militärgerichtshöfe etablirt, „um jene öffentlichen Functionäre, welche die Bevölkerung gegen ihn aufreizen, standrechtlich abzuurtheilen." Daß dieses summarische Verfahren des jungen Fürsten mit „freiheitlichen Prinzipien" im Widerspruch stehe, könnte nach der „Kreuzztg." nur von „Scheinliberalen" behauptet werden. Wir glauben, daß es mit allem Andern eher etwas zu thun hat, als mit „freiheitlichen Prinzipien". Fürst Alexander will dieser Tage eine Rundreise durch das Land machen, um persönlich in die Wahlbewegung einzugreifen. Die Opposition meint, der Abgang des Fürsten, mit dem dieser gedroht hat, würde ihr zwar sehr leid thun, aber um deswillen wolle das Volk doch nicht die Verfassung preisgeben; denn einen Fürsten erhielten die Bulgaren leicht wieder, ob auch die aufgegebene Verfassung, das sei sehr fraglich.

Das äußerste Lob findet Fürst Alexander ob seines Vorgehens bei den russischen Regierungsorganen. Denn, daß die Russen Bulgarien mit einer Verfassung beglückt haben, welche sie dem eigenen Lande nicht zu geben wagten oder nicht geben wollten, hat mehr als irgend etwas Anderes die Unzufriedenheit in Rußland genährt. Die bulgarische Verfassung wird von den jetzigen russischen Machthabern als eine unbequeme Mahnung betrachtet, ihre Beseitigung als ein Vortheil für das jetzige russische Regime. Die „Nordd. Allg. Ztg." secundirt den russischen Regierungsorganen.

Reichstag.

58. Sitzung vom 11. Juni.

Die zweite Berathung des Unfallversicherungsgesetzes wird fortgesetzt.

§ 46 giebt dem Arbeiter das Recht, falls der Unfall vom Betriebsunternehmer vorsätzlich herbeigeführt ist, diesen in Anspruch zu nehmen und zwar für den vollen Betrag des erlittenen Schadens, abzüglich der Entschädigung, welche ihm die Landesversicherungsanstalt gewährt. Die Commission hat folgenden Zusatz beschlossen: „Der Anspruch verjährt in 18 Monaten vom Tage des Unfalls an gerechnet."

Abg. Wöllmer beantragt einen solchen Anspruch an den Arbeitgeber auch dann zu gewähren, wenn der Unfall durch grobes Verschulden desselben verursacht ist, und motivirt diesen Antrag aus Gründen der Billigkeit. Im § 8 werde für solche Fälle, wo den Arbeiter ein grobes Verschulden treffe, die Entschädigungssumme auf die Hälfte reducirt, consequent sei daher bei grober Verschuldung des Arbeitgebers die Versicherungssumme auf den vollen Betrag des Lohnes zu erhöhen. Der Einwand, daß dadurch der Zweck des Gesetzes, Prozesse zu vermeiden, vereitelt werde, könne nicht maßgebend sein, denn dieser Zweck werde durch das Gesetz doch nicht vollständig erreicht, auch dürfe das Prinzip, Prozesse zu vermeiden, nicht so weit gehen, daß man den Arbeiter an der unbeschränkten Verfolgung seiner Rechtsansprüche verhindere. Zu solchen falschen Consequenzen komme man nur dadurch, daß man die Gesetzgebung statt auf der Grundlage der Gerechtigkeit, auf dem Boden des Wohlwollens und der Humanität aufbaue. Auf diesem Wege zerstöre man das Rechtsbewußtsein im Volke.

Geh. Rath Lohmann erklärt den Antrag des Vorredners für unannehmbar, weil er den Hauptzweck des Gesetzes, die Vermeidung von Prozessen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, vollständig illusorisch machen würde. Das Amendement würde die Zahl dieser Prozesse noch erheblich vermehren, denn wenn der Arbeiter auf Grund des Haftpflichtgesetzes einen Prozeß anfange, so laufe er Gefahr, für den Fall des Unterliegens jeden Rechtsanspruch zu verlieren, und deshalb sei er in den meisten Fällen bereit, auf einen Vergleich einzugehen; wenn ihm aber durch das Gesetz die Versicherungssumme unter allen Umständen sicher sei und er nur die Aussicht habe, durch einen Prozeß vielleicht die Gewährung des vollen Lohnes zu erstreiten, so werde er zur Prozeßführung viel geneigter sein, als dies jetzt der Fall sei.

Abg. Stumm bekämpft gleichfalls den Antrag Wöllmer. Die Analogie des § 8, auf welche er sich berufen, würde nur dann zutreffen, wenn der Arbeiter bei eigenem groben Verschulden gar keine Entschädigung erhielte; er würde dann allerdings berechtigt sein, beim Verschulden des Arbeitgebers die volle Entschädigung zu beanspruchen. Nach § 8 erhalte aber der Arbeiter, auch wenn er durch eigene grobe Nachlässigkeit den Unfall herbeigeführt habe, ⅓ seines Lohnes, es sei also eine nothwendige Consequenz, daß er auch in Fällen des Verschuldens des Arbeitgebers auf ⅓ der vollen Entschädigung verzichte.

Abg. Wöllmer hält es für durchaus logisch, daß der Arbeiter, wenn er bei eigenem groben Verschulden ⅓ seines Lohnes von der Versicherungssumme verliere, bei einem groben Verschulden des Arbeitgebers ebenso viel mehr als die Versicherungssumme erhalte. Die Besorgniß vor einer Vermehrung der Prozesse sei unbegründet. Ob die Prozesse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, oder zwischen dem letzteren und der staatlichen Versicherungsanstalt geführt werden, sei ziemlich gleichgiltig. Im Gegentheil sei es weniger nachtheilig, wenn die Bürger unter sich Prozesse führen, als wenn viele Prozesse zwischen den Bürgern und dem Staate geführt werden. Die Unzufriedenheit gegen das Gemeinwesen werde im letzteren Falle viel größer.

Abg. Freund erkennt an, daß in der Mehrzahl der Beschädigungsfälle die Arbeiter günstiger gestellt werden, als bisher; wenn aber ein Arbeiter durch ein grobes Verschulden des Unternehmers verunglücke, und er nun in Folge des neuen Gesetzes nicht mehr seine vollen Entschädigungsansprüche geltend machen könne, so werde ihn über diesen Verlust nicht das Bewußtsein beruhigen, daß in tausend anderen Fällen seine Genossen mehr erhalten, als sie früher erhalten hätten. Er wird es immer, und zwar mit Recht, als eine Unbilligkeit empfinden, daß man ihm seinen Rechtsanspruch entzieht.

Abg. Keßler beantragt, diejenige Bestimmung des § 46 zu streichen, welche die Verjährung der Entschädigungsansprüche auf 18 Monate festsetzt. Die Fälle, in denen Beschädigungen von Arbeitern durch absichtlich herbeigeführte Unfälle eintreten, sind als Delicte zu behandeln und schon die bestehende Gesetzgebung setzt die Fristen fest, innerhalb derer die civilrechtlichen Folgen strafbarer Handlungen verjähren. Eine Regelung dieser Frage in dem vorliegenden Gesetz sei also ganz überflüssig.

Geh. Ober-Justizrath Meyer empfiehlt gleichfalls die Streichung des letzten Satzes, weil der Entschädigungsanspruch gegen den Unternehmer von der Größe der Entschädigung abhänge, welche die Versicherungsanstalt dem Verletzten gewähre, die Festsetzung dieser Entschädigung werde aber häufig länger als 18 Monate dauern.

Abg. Stumm hält es für durchaus billig, einen festen und nicht zu lang bemessenen Termin für die Verjährung der Entschädigungsansprüche festzusetzen. Man müsse berücksichtigen, daß in sehr vielen Fällen nicht der Schuldige selbst die Entschädigung zu zahlen habe, sondern sein Rechtsnachfolger, Actiengesellschaften u. dgl. Es würde unbillig sein, die Unternehmer Jahre lang unter das Damoklesschwert einer Entschädigungsklage zu stellen. — Abg. Laporte schließt sich diesen Ausführungen an.

Nachdem auch der Referent v. Hertling die Anträge Wöllmer und Keßler bekämpft hat, werden beide mit erheblicher Majorität abgelehnt und wird § 46 unverändert genehmigt.

Nach § 47 ist der Betriebsunternehmer verpflichtet, der Versicherungsanstalt alle Aufwendungen für einen Unfall zu ersetzen, wenn derselbe durch ihn vorsätzlich oder durch grobes Verschulden verursacht ist. Die Actien- und Handelsgesellschaften, sowie die Genossenschaften haften in diesem Falle für ihren Vorstand.

Abg. Gareis beantragt auch die Innungen in diesen Paragraphen als für ihren Vorstand haftend aufzunehmen, lediglich als Consequenz des Innungsgesetzes. Die Innungen seien nach § 99 der Gewerbeordnung mit demselben juristischen Charakter ausgestattet wie die Actien- und Handelsgesellschaften, weshalb auch ihre Haftbarkeit gesetzlich anerkannt werden müsse. — Abg. Stumm spricht dagegen, weil die Innungen nicht wie die Actiengesellschaften einen genossenschaftlichen Betrieb haben, wogegen Abg. Gareis darauf hinweist, daß die Innungsmeister für den gemeinschaftlichen Betrieb haften. § 47 wird hierauf mit dem Amendement Gareis angenommen.

§ 53 der Vorlage bestimmte, daß für die auf Grund des Gesetzes Versicherten noch weiter gehende Versicherungen abgeschlossen werden können; Gegenstand derselben soll ein Zuschuß zur Rente sein, der aber nur 50 pCt. der Hauptversicherung betragen darf. Die Commission hat diesen Paragraphen gestrichen, Abg. Auer beantragt seine Wiederherstellung.

Geh. Rath Lohmann bittet ebenfalls, den § 53 wieder herzustellen. Es liege keine Veranlassung vor, eine höhere als die gesetzliche Versicherung schlechthin zu verbieten. Sowohl dem Arbeitgeber wie dem Arbeitnehmer gegenüber ist es Pflicht über das absolut Nothwendige hinauszugehen.

Abg. Lieber: Der § 53 geht über den Rahmen des Gesetzes hinaus. Das Gesetz will die obligatorische Versicherung einführen, während hier noch eine facultative verstattet wird. Das ist ein Widerspruch. Entweder ist die obligatorische hinreichend, dann braucht man die facultative nicht, oder sie ist unzulänglich, so erhöhe man die obligatorische Versicherungsquote. Man schaffe nicht Arbeiter erster und zweiter Klasse und nicht Arbeitgeber erster und zweiter Klasse.

Abg. Auer: Der Abg. Lieber hat Angst, daß die Arbeitgeber zu viel für ihre Arbeiter thun. Wie verträgt sich das mit dem „praktischen Christenthum" der Herren? Sie sollten doch diesem praktischen Christenthum keine Grenzen ziehen.

Abg. Lieber: Der Abg. Auer scheint unter praktischem Christenthum die Staatshilfe zu verstehen, für uns ist dasselbe der Ausfluß freiwilliger Thätigkeit. Diese wollen wir auch hier geübt wissen.

Nach einigen weiteren Bemerkungen des Abg. Stumm, des Geh. Raths Lohmann und des Staatssecretärs v. Bötticher wird § 53 der Regierungs-Vorlage gegen die Stimmen der Deutsch-Conservativen und der Socialdemokraten abgelehnt.

§ 54 bestimmt, daß die Arbeiter in solchen Betrieben, welche nicht unter dieses Gesetz fallen, bei den Landesanstalten diesem Gesetze entsprechend versichert werden können; dasselbe soll von den Arbeitern gelten, welche außerhalb der Arbeitsstätten für Betriebsunternehmer beschäftigt sind.

Abg. Auer beantragt auch selbstständigen Gewerbetreibenden die Versicherung zu gestatten. Antragsteller betont, daß der kleine selbstständige Gewerbebetrieb denselben Gefahren ausgesetzt sei, wie der Großgewerbebetrieb, und daß es deshalb eine Ungerechtigkeit wäre, ihn von den Wohlthaten des Gesetzes auszuschließen. Nachdem noch Abg. Büchner den Antrag befürwortet, wird er gegen die Socialdemokraten, Fortschritt und einen Theil des Centrums abgelehnt.

§ 56 der Vorlage bestimmte, daß die Unternehmer von Betrieben der gleichen Gefahrenklasse zur Versicherung auf Gegenseitigkeit zusammentreten können; sie zahlen dann keine Prämien, sondern gewähren der Landesanstalt, an welche die Arbeiter allein ihre Ansprüche zu richten haben, die Summe, welche zur Deckung der Entschädigungen für die vorgekommenen Unfälle nöthig ist und zwar soll die Rente durch Kapital gedeckt werden. Die Arbeiter sollen nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Zahlung mit herangezogen werden können. Die näheren Bestimmungen über diese Verbände sollen von der Landesbehörde erlassen werden. — Die Commission hat die Bedingung, daß die Betriebe der gleichen Gefahrenklasse angehören müssen, beseitigt und einen Zusatz gemacht, der einzelnen Betriebsunternehmern eine solche selbstständige Versicherung gestatten soll. Ein Antrag der Fortschrittspartei (Eysoldt) will die Zulassung der Privatversicherungsgesellschaften an dieser Stelle in das Gesetz bringen. Für den Betrieb dieser Privatanstalten sollen

durch Reichsgesetz Normativbestimmungen festgestellt werden; bis zum Erlaß derselben sollen alle bestehenden Gesellschaften zugelassen werden. — Ein Unterantrag Wolffson zu diesem Vorschlage will den Unternehmern die Versicherung bei einer Privatanstalt „unter eigener Haftung" gestatten und der Behörde das Recht geben, bestehende Gesellschaften auszuschließen, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß dieselben für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen keine genügende Gewähr bieten. — Die Socialdemokraten beantragen den § 56 ganz zu streichen; Abg. Kreutz: die Bestimmung, daß die Rente durch Kapital gedeckt werden soll und Abg. Stötzel den Zusatz der Commission, welcher einzelnen Betriebsunternehmern die selbstständige Versicherung nach Art der Verbände gestatten will, zu streichen; endlich Abg. Buhl die Unternehmerverbände zur Versicherung auf Gegenseitigkeit zuzulassen, aber durch Reichsgesetz Normativ-Bestimmungen für dieselben festzustellen, bis zu deren Aufstellung solchen Verbänden nur dann die Genehmigung versagt werden kann, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Verbände für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen keine genügende Gewähr bieten.

Referent v. Hertling berichtet über den Gang der Commissionsverhandlungen, plädirt für Ablehnung sämmtlicher Anträge, insofern sie der Commission vorgelegen haben und empfiehlt die Annahme der Commissionsbeschlüsse.

Abg Buhl: In einer so schwierigen Materie ein abgeschlossenes Werk zu schaffen, vermag ein einzelner Abgeordneter nicht. Ich hatte nur die Absicht, einen Weg zu zeigen, daß es möglich ist, durch Normativbestimmungen eine Sicherheit zu schaffen, wie es dieses Gesetz bei der Zwangsversicherung der Arbeiter nothwendig macht. Aber so ungenügend, wie der Herr Staatsminister behauptet hat, sind sie nicht. Er meinte, daß sie den Zweck, eine ebenso große oder wenigstens unter allen Umständen ausreichende Sicherstellung der Rente durch Privatgesellschaften, nicht erreichen. Jener Vorwurf geht zu weit. Gegenwärtig arbeiten in der Unfallversicherungsbranche 5 Actiengesellschaften, nach bester Information durchaus solide, gut fundirt und auf richtiger Grundlage, sämmtlich, so viel ich weiß, mit einem Betriebskapital von 3 Millionen Mark, das bei den meisten zum Theil in feinen Solawechseln deponirt ist, die so gut sind wie baares Geld. Der Coursstand der Actien spricht für den Ruf ihrer Solidität. Daneben sind in der Unfallbranche drei größere Gegenseitigkeits-Versicherungsgesellschaften thätig. Nun sollen nach meinem Vorschlage die sämmtlichen Betriebsunternehmer für die Ansprüche, die sich aus der Versicherung ergeben, solidarisch haften. Prüfen wir diese Vorschläge an der Hand der bestehenden Gegenseitigkeits-Gesellschaften. Die kleinste derselben, die ganz musterhafte Chemnitzer, die 60 000 Arbeiter versichert hat, wäre in der Lage gewesen, die Ansprüche aus dem Kohlengrubenunglück in Lugau, dem größten, das bis jetzt vorgekommen ist, bei dem 220 Arbeiter verunglückten, auf Grund ihrer jetzigen Statuten zu befriedigen. Bei der Leipziger Unfallsversicherungsbank aber, bei der jetzt 7000 Betriebsunternehmer über 300 000 Arbeiter versichert haben, ergiebt die solidarische Haftbarkeit der ersteren eine so kolossale Ziffer, daß eine größere Sicherheit nicht gedacht werden kann zu einem Betriebskapital von über einer Milliarde Mark. Außerdem sollen diese Gesellschaften im Concursfalle Vorzugsrechte für die Prämienzahlung haben. Der Vorwurf der Unsicherheit trifft also die von mir vorgelegten Normativbestimmungen nicht. In der Commission hat der Commissarius bezweifelt, ob die Gesellschaften mit denselben arbeiten können. Darauf hin habe ich mich mit den Gesellschaften in Verbindung gesetzt und von ihnen gehört, daß sie bereit seien auf dieser Basis zu arbeiten und glaubten auf ihr arbeiten zu können. Der Abg. Stumm hat befürchtet, daß bei den Privatgesellschaften eine schlechtere Regulirung der Schäden möglich sei. Nun waren aber sämmtliche Redner, auch der Referent darin einig, den Unfallversicherungsgesellschaften das größte Lob zu spenden, daß sie sich in verhältnißmäßig kurzer Zeit sehr gut in die Materie eingearbeitet haben. Der Einwand, daß bei Massenunfällen die Gesellschaften auf Gegenseitigkeit das Deckungskapital aufbringen und der Arbeiter in einem Vierteljahr vielleicht mehr Prämie bezahlen muß, als sein ganzer Lohn ausmacht, ist deshalb nicht begründet, weil nach meinem Vorschlage der Arbeiter niemals zu einer höheren Leistung herangezogen werden kann, als wie bei der betreffenden Staatsanstalt. Da ich wenig Aussicht habe, mit meinem prinzipiellen Antrage durchzudringen, so empfehle ich Ihnen unseren subsidiären Antrag. Er unterscheidet sich von dem Commissionsbeschlusse dadurch, daß die Concessionirung derartiger Betriebe nicht in das Belieben der Behörden gestellt wird, sondern daß der Betriebsunternehmer, wenn er den betreffenden Bedingungen genügt, ein Recht hat, die Concessionirung zu verlangen, und dadurch, daß wir die Normativbestimmungen nicht durch die Landescentralbehörde, sondern durch das Reich festgesetzt wissen wollen. Diejenigen Genossenschaften, welche sich den Bedingungen des § 56 unterworfen und welche doch einen großen Schatz von Erfahrungen gesammelt haben, sollte man ruhig weiter arbeiten lassen, so z. B. die Leipziger Gesellschaft, bei der 7000 Betriebsunternehmer mit 350 000 Arbeitern versichert sind, ebenso die Chemnitzer Gesellschaft, welche musterhaft arbeitet. Warum sollen wir diese zerstören und wieder Neues aufbauen.

Geh.-Rath Lohmann: Mein Hauptbedenken gegen den Antrag Eysoldt liegt darin, daß derselbe die Normativbestimmungen über die Versicherungsanstalten einem späteren Gesetze vorbehält und bis zum Erlasse eines solchen die bis jetzt bestehenden Privatversicherungsanstalten unbedingt zugelassen wissen will. Das wäre für die verbündeten Regierungen unmöglich anzunehmen, da sie dann keine der qu. Versicherungsanstalten und mögen sie sich noch so zuverlässig erweisen, würde ausschließen können. Was nun die Normativbestimmungen betrifft, die Abg. Buhl vorschlägt, so würden durch dieselben die Privatversicherungsanstalten ihren Charakter verlieren und mehr oder weniger zu öffentlichen Anstalten. Vor Allem sollen die Kapitalien für die Entschädigungsrenten bei der Landesversicherungsanstalt deponirt werden; diese soll die Renten auszahlen und an der Feststellung der Entschädigung theilnehmen. Dazu kommt die umfangreiche Controle, die den Behörden durch dieselbe auferlegt wird, und schließlich die Bestimmung, daß die Privatanstalten jeden in ihren Geschäfts-Bereich fallenden Betrieb versichern müssen. Wenn solche Versicherungsanstalten für ihre Unternehmer noch Gewinn abwerfen sollen, so kann derselbe nur durch die Leistungen ermöglicht werden, welche die öffentlichen Behörden für sie herzugeben haben. Es ist völlig in der Ordnung, daß die Regierungen gegenüber der Einführung von Privatversicherungsanstalten in dieses Gesetz sich ablehnend verhalten. Der von Buhl verlangten Zulassung der Genossenschaften stehen ebenfalls so viele Bedenken entgegen, daß sich die Ablehnung auch dieses Antrages empfiehlt.

Abg. Stumm: In der Generaldebatte war nur eine Stimme über die Art und Weise, wie die Privatgesellschaften ihre Aufgaben erfüllt hätten. Jetzt werden die Bedenken gegen dieselben von Tag zu Tag größer und Herr Buhl will sie sogar so einschränken, daß sie der Selbstthätigkeit der Organe des Staats nicht mehr hemmend im Wege stehen und nur noch secundäre Bedeutung haben. Redner wendet sich in seinen weiteren Ausführungen namentlich gegen den Antrag Buhl und plädirt für die Commissionsvorschläge.

Abg. Eysoldt: In der Vorlage ist den Privatversicherungsgesellschaften gegenüber ein Mißtrauen zu Tage getreten und damit dem deutschen Gewerbe ein Vorwurf gemacht worden, den meine Freunde und ich nicht anerkennen können; vielmehr glauben wir, daß ebenso wie in Amerika auch das deutsche Gewerbe vollständig im Stande ist, derartige Versicherungsgesellschaften, wie sie die Vorlage beabsichtigt, ins Leben zu rufen. Die Einwände, welche gegen diese erhoben worden sind, halte ich für unbegründet. Auch den Einwand, daß, wenn einmal ein Versicherungszwang eingeführt werden solle, dann auch für Anstalten zur Durchführung desselben Sorge getragen werden müsse, halte ich nicht für zutreffend, da sehr wohl im Verwaltungswege Bestimmungen getroffen werden können, welche die Angelegenheit ordnen. Was nun den Antrag Buhl betrifft, so stimmen wir mit demselben insofern überein, als auch wir Privatgesellschaften unter Normativbestimmungen zulassen wollen, nur wollen wir sie weiter ausdehnen und vor Allem die bis zur Einführung des Gesetzes bestehenden Gesellschaften zulassen. Die Einwände widersprechen sich einander. Bald wird gesagt, nach dem Erlaß der vorgeschlagenen Normativ-Bestimmungen würden die Privatgesellschaften nicht mehr concurrenzfähig sein, bald wird dagegen behauptet, wir müssen bei den Normativbestimmungen Vorsorge treffen, daß nicht durch die Concurrenz der Privatversicherungsgesellschaften die Landesversicherungsanstalten geschädigt werden Die Schwierigkeit, welche seitens der Regierung hervorgehoben wurde, daß man über Privatversicherungsgesellschaften keine genügende Aufsicht habe, ist doch in keiner Weise vorhanden. Ich glaube, die Landescentralbehörde und eventuell die Landesvertretung selbst bilden Organe, welche hinreichend im Stande sind, die nöthige Aufsicht zu üben. Ueberhaupt ist das Mißtrauen seitens der Regierung den Privatgesellschaften gegenüber gänzlich ungerechtfertigt. Wie eine Reichsregierung, welche noch viel weitere Unternehmungen machen will, wie die Armenversorgungsanstalt, welche vor den weitgehendsten Plänen nicht zurückschreckt, Halt machen kann vor den Normativbestimmungen, das kann ich nicht begreifen, zumal schon in der Vorlage derartige Bestimmungen enthalten sind. Der Grund ist eben, man will nicht, und dagegen kämpft man vergeblich. Wir sind immer bestrebt gewesen, die freie Willkür der Verwaltungsbehörden zu beschränken und in gewisse Grenzen einzuengen, und gerade durch die Feststellung von Normativbestimmungen wollen wir auch auf diesem Gebiete der Verwaltungswillkür entgegentreten. Wenn man sieht, welche Mittel die Straßburger Manufactur anwendet, um die Privatconcurrenz todt zu machen, dann darf man es nicht übelnehmen, wenn man auf anderen Gebieten Vorsichtsmaßregeln trifft. Man behauptet immer, die Privatgesellschaften böten nicht hinreichende Sicherheit. Dies wird einfach durch die Thatsachen widerlegt Wenn Sie den großen Umfang der Feuerversicherungsgesellschaften und namentlich das ungeheure Kapital, mit welchem die Seeversicherungs-Gesellschaften arbeiten, betrachten und sehen, wie diese erfahrungsmäßig stets die größte Sicherheit geleistet haben, dann begreife ich nicht, warum dies bei den hier in Rede stehenden Privatgesellschaften anders sein soll. Eine absolute Sicherheit ist unmöglich, auch bei den Landesversicherungsanstalten, es braucht nur einmal ein unglücklicher Krieg geführt zu werden, so ist die Sicherheit bei den Landesversicherungsanstalten nicht größer als bei den Privatinstituten. Nun hat sich namentlich den Actiengesellschaften gegenüber ein gewisses Odium geltend gemacht. Ich stehe diesen ganz objectiv gegenüber und halte diese für ein durchaus nützliches und nothwendiges Gebilde des Verkehrs. Das Geschrei, welches gegen dieselben erhoben wird, geht gewöhnlich von solchen Leuten aus, welche sich an schwindelhaften Actien-Gesellschaften in der Hoffnung auf schnellen und reichen Gewinn betheiligt haben und deren Hoffnungen dann getäuscht sind. So weit Mängel in der Actiengesetzgebung vorhanden sind, bin ich gern bereit, Abhilfe zu schaffen, aber der Nutzen derselben ist nicht wegzuleugnen. Hätten wir statt des Postregals eine Actiengesellschaft gehabt, wir wären schon längst auf der Stufe, auf der wir uns heute durch die Genialität eines von mir vorzüglich geschätzten Mannes befinden. Auch die Befürchtung, daß bei Privat-Gesellschaften zu viel Prozesse entstehen würden, halte ich für nichtig, da nachweisbar auf diesem Gebiet trotz der Mangelhaftigkeit des Haftpflichtgesetzes die Prozesse nur 2 pCt. aller Versicherungsfälle betragen. Auf der einen Seite die große Sorge für die Arbeiter, auf der anderen Seite wird eine Carenzzeit von 14 Tagen eingeführt, angeblich, weil die Arbeiter zu häufig Krankheiten simuliren. So viel steht fest, daß die Anforderungen der Staatsanstalten viel rigoroser und formeller sein werden als die der Privatinstitute und daß die Coulanz der letzteren, hervorgerufen durch die freie Concurrenz, bei Weitem die der ersteren übertrifft. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Wolffson: Seine Freunde und er gingen darauf aus, daß Privatgewerbe, welche sich bewährt haben, nicht zurückgedrängt werden dürfen. Auch er halte das Mißtrauen gegen die Actiengesellschaften für unbegründet, und es sei zweckmäßig, wenn sich Gegenseitigkeitsgesellschaften in der Form von Actiengesellschaften bildeten. Seine Freunde und er wollen in erster Linie der Privatthätigkeit einen weiten Spielraum schaffen und Landesversicherungsanstalten nur subsidiär zulassen.

In der Abstimmung wird der Antrag Eysoldt mit 142 gegen 86 Stimmen verworfen; ebenso die übrigen Anträge; § 56 wird unverändert nach dem Vorschlage der Commission angenommen.

Nach § 56a sollen die Kassen, welchen nach gesetzlicher Vorschrift die Invalidenversorgung ihrer Mitglieder obliegt, die Unfallversicherung derselben übernehmen können; sie haben dann ebenso wie die Unternehmerverbände nur das Kapital zur Deckung der Rente zu zahlen.

Abg. Kreutz beantragt dagegen, daß diese Kassen — die Knappschaftskassen — auf ihren Antrag die Versicherung selbst übernehmen und von allen Beiträgen an die Landesanstalt befreit sein sollen. Der Antragsteller empfiehlt die Annahme seines Antrages, indem er durch eine Uebersicht über die Wirksamkeit der Knappschaftsvereine die große Bedeutung derselben und die Sicherheit ihrer Kassen nachzuweisen sucht.

Abg. Kaiser bekämpft dagegen mit großer Lebhaftigkeit die Zulassung der Knappschaftskassen zur Unfallversicherung. Dieser Gedanke, der seinen Ursprung lediglich dem Industriekönig Stumm verdanke, würde durch seine Einschiebung in das Gesetz die Einheit des Prinzips vernichten und die technische Ausführbarkeit wesentlich erschweren. In der ganzen bergmännischen Bevölkerung wünsche man eine Einschränkung der Knappschaftskassen, welche die Freizügigkeit der Berg- und Hüttenarbeiter beeinträchtigen, sie in eine unerträgliche Abhängigkeit von den Arbeitgebern bringen und jeder Sicherheit entbehren. Wiederholt seien derartige Kassen zahlungsunfähig geworden und namentlich beim Eintritt eines Massenunglücks müsse in den meisten Fällen die öffentliche Wohlthätigkeit in Anspruch genommen werden. Sehr begreiflich sei es, wenn solche Organisationen begünstigt würden von Leuten, wie die Gebrüder Stumm, welche nicht blos die Arbeiter ausbeuten und dadurch Millionäre geworden sind, sondern sich auch bemühen, die Arbeiter in eine geistige Knechtschaft zu zwingen. Der Präsident erklärt derartige Angriffe gegen Mitglieder des Hauses für unzulässig.) Der Redner erwidert, daß er nicht den Abg. Stumm, sondern die außerhalb des Hauses stehende Firma Gebrüder Stumm gemeint habe. Der Präsident läßt diesen Einwand jedoch nicht gelten und beruft sich auf die Praxis des Hauses, nach welcher es Pflicht des Präsidenten sei, auch außerhalb des Hauses stehende Personen gegen Beleidigungen zu schützen; er müsse deshalb die letzten Aeußerungen des Redners als völlig ungehörig und nicht mit der Ordnung des Hauses vereinbar, zurückweisen.) Der Abg. Kayser fährt hierauf in seinen Ausführungen fort und behauptet, daß die Bergarbeiter den dringenden Wunsch hegen, den Bann der Knappschaftskassen gebrochen zu sehen, und gerade aus diesem Grunde dem vorliegenden Gesetz mit freudigen Hoffnungen entgegengesehen haben.

Abg. Stumm: Auf die Angriffe des Vorredners einzugehen, habe er keine Veranlassung. Das was derselbe gegen die Vorschläge der Commission vorgebracht, könne derselben nur zur Ehre gereichen und beweist, daß sie das Richtige getroffen hat. Die Commission beabsichtigte, das gute Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter aufrecht zu erhalten, was die Absicht des Vorredners allerdings nicht sein möge. Redner begründet weiter den Beschluß der Commission, die Knappschaftskassen bestehen zu lassen, die Carenzzeit von 14 Tagen, in welcher die Arbeiter auf die Knappschaftskassen angewiesen, seien dafür ein zwingender Grund.

Bundescommissar Geh. Oberbergrath v. d. Heyden-Rynsch weist die Angriffe Kaysers auf die Knappschaftskassen mit Entschiedenheit zurück, zu denen die Arbeiter trotz der Bemühungen der Socialdemokraten das vollste Vertrauen hätten.

Unter Ablehnung des Antrages Kreutz wird § 56a nach den Beschlüssen der Commission angenommen.

Hierauf wird die weitere Berathung auf heute Abend 8 Uhr vertagt.

Abendsitzung vom 11. Juni.

Die Berathung des Gesetzes, betreffend die Unfallversicherung wird fortgesetzt.

Abg. v. Cuny beantragt als besonderen § 56b einzuschalten: „Diejenigen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch die Klage ein Anspruch auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes geltend gemacht wird, gehören zur Zuständigkeit des Reichsgerichts." Dieser Antrag wird mit erheblicher Majorität angenommen.

Der § 57, nach welchem der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes mit Zustimmung des Bundesraths durch Verordnung bestimmt wird, gelangt ohne Discussion zur Annahme.

Der § 58 bestimmt, daß diejenigen unter die Bestimmungen des Gesetzes fallenden Versicherungen, welche bei Privatversicherungsanstalten am 15. März 1881 oder später abgeschlossen worden sind, vier Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes erlöschen, sofern nicht der Versicherungsnehmer vorher erklärt, daß der Versicherungsvertrag bestehen bleiben solle. Vor dem 15. März 1881 abgeschlossene Versicherungsverträge gehen auf Antrag der Versicherungsnehmer auf die entsprechende Landesversicherungsanstalt über.

Abg. Günther (Nürnberg) beantragt folgenden Zusatz: „Die bestehenden Unfallversicherungsgesellschaften und die in denselben thätigen Beamten werden für den ihnen aus diesem Gesetz erwachsenden Schaden nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes entschädigt, welches mit dem gegenwärtigen Gesetz gleichzeitig in Kraft tritt." Er weist auf die Schädigung hin, die alle die zahlreichen bei den Privatgesellschaften beschäftigten Personen durch das Gesetz erleiden würden.

Abg. Windhorst hält eine Entschädigung der vom Gesetze in ihrem Erwerbe benachtheiligten Personen für nöthig, kann aber für den Antrag Günther, der zu bestimmt gefaßt sei, nicht stimmen; er behalte sich seine Stellungnahme zu der Frage für die dritte Lesung vor.

Staatssecretär v. Bötticher erklärt sich aus formellen und materiellen Gründen gegen den Antrag Günther. Die Wichtigkeit der Frage verkenne er nicht und würde einer Resolution in dieser Richtung nicht widersprechen.

Mit Rücksicht auf diese Erklärung zieht Abg. Günther seinen Antrug zurück. Der § 58 wird nach dem Vorschlage der Commission genehmigt. Damit ist die zweite Lesung des Gesetzes beendet.

Es folgt die erste Lesung der Handelsverträge mit Oesterreich, Belgien und der Schweiz.

Abg. Delbrück erklärt, daß er für den Vertrag mit Oesterreich nicht aus wirthschaftlichen, sondern nur aus politischen Gründen stimme. Das Recht der meistbegünstigten Nationen dürfe man nur solchen Staaten gewähren, die entweder bereit sind, gleichzeitig einen Conventionaltarif zu vereinbaren, oder deren ganze handelspolitische Vergangenheit eine Gewähr dafür biete, daß sie auch ohne Conventionaltarif unsere Waaren in einer unseren Interessen entsprechenden Weise einführen lassen. Dies sei bei Belgien und der Schweiz, nicht aber bei Oesterreich der Fall. Die Tendenz, durch Erhöhung der Zölle die deutsche Einfuhr auszuschließen, sei dort im Steigen begriffen und werde voraussichtlich noch längere Zeit andauern. Aus diesem Grunde liege ein wirthschaftliches Motiv zur Annahme des Vertrages nicht vor. Was das Zollcartell betreffe, so gewähre dasselbe Oesterreich viel größere Vortheile als uns. Der österreichische Tarif provocire den Schleichhandel, und es bedürfe großer Wachsamkeit auch unseres Zollbeamten-Personals, um denselben zu unterdrücken, während nach Deutschland nur Vieh und Wein geschmuggelt werde. Der Vertrag besitze also für uns keinen erheblichen Werth, und auch der Umstand, daß man zu etwas Weiterem nicht gelangen konnte, könne hierüber nicht trösten. Wenn er dennoch für den Vertrag stimme, so geschehe es, weil es sich um Oesterreich handle, und weil er es im deutschen Interesse für geboten erachte, auch auf wirthschaftlichem Gebiet mit diesem Nachbar so viel als möglich in guten Beziehungen zu stehen. So wenig er sonst geneigt sein würde, ein so wichtiges Zugeständniß, wie das Zollcartell, ohne Aequivalent zu machen, so thue er es doch, weil es Oesterreich sei, und weil die Freundschaft dieses Landes ihm am Herzen liege. (Beifall.)

Abg. v. Minnigerode will weniger Gewicht auf das, was nicht erreicht ist, legen, als auf das, was vermieden ist, nämlich die freie und ungehinderte Durchfuhr und Einfuhr von Vieh. Es sei stets ein Hauptgrund Englands gewesen, sich gegen den Viehimport aus Deutschland zu schützen, daß die Hinterländer nicht jede Seuchengefahr ausschließen. Weil Dänemark sich davor sichergestellt habe, habe es stets den englischen Markt behauptet, der für die Fleischproduction der bedeutendste bliebe. Daß auch Deutschland gegen die Seuchengefahr geschützt werde, dafür müsse er der Regierung seinen Dank aussprechen.

Abg. Lender führt aus, daß der Veredelungsverkehr, wie er in dem Schweizer Vertrage aufrecht erhalten sei, nicht mehr der neuen Zollpolitik entspreche, gerade bei der Kattundruckerei seien die zur Veredelung nach Deutschland gesandten Stücke nicht alle nach der Schweiz zurückgegangen.

Geh. Rath Huber weist an der Hand der Statistik nach, daß aus der Schweiz nach Deutschland fast dreimal so viel Waaren zur Veredelung eingehen als aus Deutschland nach der Schweiz; diese Waaren gingen allerdings nicht alle nach der Schweiz zurück, aber sie blieben auch nicht in Deutschland, sondern würden im Wege des Transitverkehrs durch Deutschland gleich weiter befördert.

Sämmtliche drei Anträge werden genehmigt.

Nächste Sitzung: Montag.

Deutschland.

Berlin, 12. Juni. Der Beschluß des Bundesraths, die Novelle zum Gerichtskostengesetz für unannehmbar zu erklären, wenn der Reichstag auch in der dritten Lesung auf der Herabsetzung der Gerichtskosten in § 8 des Gesetzes bestehen sollte, wird noch zu einer lebhaften Discussion im Reichstage Veranlassung geben. Neue Gründe gegen den Antrag Payer wird auch der Bundesrath nicht mehr geltend machen können. Man wird anführen, daß die finanziellen Wirkungen des Gerichtskostentarifs sich bis jetzt noch nicht übersehen lassen, trotzdem aber die Einnahmeausfälle, welche durch die Herabsetzung der Kosten für die elf unteren Stufen entstehen würden, für finanziell bedenklich erklären. Nebenbei wird noch geltend gemacht, daß die Klagen über die Höhe dieser Kosten nur aus denjenigen Staaten kommen, in denen man, wie namentlich in Würtemberg, bisher an außerordentlich niedrige Taxen gewöhnt gewesen ist. Es fragt sich nur, ob die Majorität des Reichstags sich überzeugen lassen wird, daß ein Bestehen auf dem Beschlusse zweiter Lesung das Zustandekommen des Gesetzes verhindert. Den Ausschlag wird auch dieses Mal das Centrum geben, dessen Führer vielleicht durch die Aussicht, daß nicht Herr v. Wolff, sondern Unterstaatssecretär v. Goßler Nachfolger des Herrn v. Puttkamer im Cultusministerium wird, etwas milder gestimmt werden. Diese Combination soll gestern bei dem Besuche des Kaisers im Reichskanzler-Palais festgestellt worden sein. Die „Kreuzztg." fürchtet, daß bei der Ernennung des Herrn v. Wolff zum Cultusminister die Continuität in der Schul- und Kirchenpolitik schaden leiden könne. Herr v. Wolff wird voraussichtlich mit dem Oberpräsidium von Sachsen abgefunden werden Die Ernennungen werden, wie es heißt, unmittelbar nach Schluß der Session erfolgen.

Die Beschlußfassung über das Innungsgesetz hat der Bundesrath gestern noch zurückgestellt. Man hört indessen bezweifeln, daß der Bundesrath dem Gesetze seine Zustimmung versagen werde, weil der vielbesprochene § 100e im Reichstage eine allerdings nicht unwesentliche Beschränkung erfahren hat. Der § 100e würde dann ja ohnehin nur Anwendung finden können, wenn sich erst die neuen Innungen auf dem Gebiete des Lehrlingswesens nach dem Urtheil der Behörden bewährt haben. Ein solcher Erfolg des Innungswesens ist doch sicherlich nicht davon abhängig, daß von vornherein die Möglichkeit festgestellt wird, Gewerbtreibenden, welche sich den Innungen nicht anschließen, von einem noch nicht bestimmten Termin ab, das Halten von Lehrlingen zu untersagen. Man kann zunächst doch ruhig abwarten, ob sich auf Grund dieses Gesetzes die gewünschte Wiederbelebung des Innungswesens vollzieht. Wollte der Bundesrath das ganze Gesetz ablehnen, weil die Majorität des Reichstags diesen Theil des § 100e abgelehnt hat, so wäre damit eingestanden, daß eine fruchtbare Entwickelung des Innungswesens ohne Zwang, d. h. auf dem Boden der Gewerbeordnung nicht möglich ist.

△ Berlin, 12. Juni. Die Ratification der Convention in der griechischen Grenzfrage durch die Mächte ist bekanntlich schon erfolgt. Die Couriere der einzelnen Regierungen sind mit den Ratifications-Documenten bereits auf dem Wege nach Konstantinopel. Wie man vernimmt, haben der englische und der deutsche Courier in Gänserndorf den Anschluß verfehlt, so daß sie den Postdampfer in Varna nicht mehr rechtzeitig erreichen konnten. In Folge dessen hat die englische Regierung ihnen ein Kriegsschiff nach Varna entgegengesandt, das sie nach Konstantinopel bringen soll. Der deutsche Courier überbringt zugleich mit der Ratification dem deutschen Botschafter Grafen Hatzfeld den ihm vom Kaiser verliehenen rothen Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub, sowie ein überaus huldvolles Handschreiben des Kaisers an den Grafen. Letzteres, sowie die dem Botschafter verliehene Auszeichnung bezeugen die große Anerkennung, welche die sehr bedeutenden Verdienste des Grafen Hatzfeld um die überaus schnelle und sehr geschickte Regelung der griechischen Grenzfrage an allerhöchster Stelle gefunden haben. Auch in politischen Kreisen wird vielfach hervorgehoben, daß das Zustandekommen der Convention wesentlich das Verdienst des deutschen Botschafters und der angesehenen Position sei, die er sich in Konstantinopel zu schaffen wußte. Ueberdies wird man auch in weiteren Kreisen gewiß große Genugthuung darüber empfinden, daß eine Frage, die noch kürzlich so manche bange Sorge erweckte, wesentlich durch die Umsicht und Gediegenheit der deutschen Vertretung in überraschender Schnelligkeit eine Lösung gefunden hat, welche die allgemein so dringend gewünschte Erhaltung des Friedens verbürgt.

L. Berlin, 12. Juni. Das Gesetz über die Innungen ist im Reichstage bekanntlich in einer Fassung beschlossen worden, welche der denselben von den Anhängern des Zunftzwangs zugeschriebenen Aufgabe, von dem Boden der Gewerbefreiheit auf denjenigen der Zwangsinnungen überzuleiten, wenig entspricht. Die Bestimmung in § 100e Nr. 3, daß Arbeitgeber, welche der Innung nicht beitreten, von einem bestimmten Zeitpunkte an Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen, ist in dritter Berathung mit einer Majorität von 3 Stimmen abgelehnt worden. Man will wissen, der Bundesrath werde sich dem Urtheil der Herren Marcard und Gen. anschließen und das Gesetz ohne die erwähnte Bestimmung überflüssig erklären und ablehnen. Ein solcher Beschluß, gegen den wir unsererseits nichts einzuwenden hätten, würde allerdings die Motive der Reichsregierung bei Einbringung der Vorlage in interessanter Weise beleuchten. Es wäre damit eingestanden, daß die vom Reichstage abgelehnte Bestimmung den Kernpunkt der Vorlage enthalte, mit anderen Worten, daß es sich nur um die Form handelt, unter der die Gewerbefreiheit preisgegeben werden soll.

J. Berlin, 12. Juni. Unsere gouvernementale und conservative Presse entwickelt nach einer Seite hin mehr und mehr einen Byzantinismus, welcher zu dem Widerlichsten gehört, was uns diese an solchen Dingen überreiche Epoche bietet. So schreibt die „Nordd. Allg. Ztg." am Sonnabend: „Der Herr Reichskanzler hat unter dem 8. Juni d. J. die Gnade gehabt, nachstehendes Schreiben an den Vorsitzenden „des conservativen Vereins für Schöneberg und Umgegend" zu richten." Der Reichskanzler soll in einer seiner Soireen gesagt haben, er lese keine Zeitung außer der „Nordd. Allg. Ztg.". Sollten seine Augen auch auf die citirte Stelle fallen, so wird er sich voraussichtlich mit Unwillen davon abwenden. Das deutsche Volk beurtheilt man auch schlecht, wenn man ihm zutrauen sollte, daß es sich an eine solche Sprache allmählich gewöhnen könnte. Zu dieser Kriecherei einerseits paßt andererseits sehr schön die Grobheit und die Verdächtigung, mit denen man alle diejenigen bedenkt, welche irgendwie dem Reichskanzler Opposition machen So bezeichnet das „Deutsche Tagebl.", das Organ der neuen agrarischen Nuance „Bismarck sans phrase" in seiner letzten Nummer den Abg. Staatsminister a. D. Dr. Delbrück als „Oberrabbiner", und sagt in derselben Nummer vom Abg. v. Bennigsen: „Wir glauben ja recht gerne, daß Herr v. Bennigsen beispielsweise bei seinen Bemühungen um die Hannover-Altenbekener Eisenbahn nur ideale Zwecke verfolgt hat, aber wir müssen gestehen, daß wir einem solchen Glauben anderswo nur sehr selten begegneten." Die Verleumdungen der agrarischen Vorgängerin des „Dtsch. Tgbl." wegen Hannover-Altenbeken hat Herr v. Bennigsen für Jeden, der sich nicht überhaupt der Wahrheit verschließen will, öffentlich in so überzeugender Weise als gänzlich unrichtig dargethan, daß wir darauf verzichten müssen, für diese Fortsetzung der früheren traurigen Anschwärzungsepoche eine parlamentarische Bezeichnung zu finden. Das „Dtsch. Tgbl." sagt ferner, für „Nationalliberalismus" müßte man richtiger sagen „Bank- und Actien-Liberalismus." Das ist eine drastische Illustration zu dem Unternehmen der „Post", diese Conservativen mit den Nationalliberalen zu einer „gemeinsamen Action" zusammenzuschweißen.

* Bei der vorgestrigen Secession im Centrum wurde vornehmlich bemerkt, daß die süddeutschen Ultramontanen fast einhellig gegen den Volkswirthschaftsrath stimmten. Ja, sie waren großentheils zu dem Zweck der Niederstimmung des Entwurfs nach Berlin gekommen; die Ultramontanen aus Baiern und Schwaben, die höher noch als ihre Velleitäten in wirthschaftlichen Fragen die Aufrechterhaltung des staatlichen Particularismus stellen, fürchten in dem deutschen Volkswirthschaftsrath vor Allem die „preußische Spitze".

* Heute wurde, nach der „Trib.", die Nachricht verbreitet und nicht mit Unglauben aufgenommen, daß die Hamburger Angelegenheit doch noch den jetzigen Reichstag beschäftigen werde.

* In den letzten Tagen hat der Pariser „Telegraph" die von uns gleich als sehr unwahrscheinlich bezeichnete Nachricht gebracht, der Reichskanzler habe die französische Regierung davon verständigt, es werde dem Reichstage eine Vorlage zugehen, wonach ausländische Güter auf deutschen Bahnen nicht billiger gefahren werden dürften, als heimische Producte und die Differentialtarife ganz in Fortfall kommen sollen. Es wird der „N. Z." mitgetheilt, daß von dieser Sensationsnachricht in Bundesraths- und Regierungskreisen nichts bekannt ist.

* Vor einigen Wochen brachte die „Nordd. Allg. Ztg." eine Zusammenstellung von Fällen, in denen hier in Berlin angeblich Personen in äußerster Noth verkommen sein sollten, weil ihnen nicht rechtzeitig Armen-Unterstützung zu Theil geworden. Die Tendenz dieser Zusammenstellung im Zusammenhange mit anderen Angriffen auf die Berliner Stadtverwaltung den Eindruck hervorzubringen, daß die Armen Verwaltung von Berlin es an der erforder-

lichen Aufmerksamkeit oder Energie fehlen lasse, war unverkennbar. Jetzt hat der Magistrat der „Nordd. Allg. Ztg." das Ergebniß amtlicher Nachforschungen übersandt, wonach sich herausstellt, daß in den erwähnten Fällen die betreffenden Personen theils die ihnen ausdrücklich angebotene Hilfe abgelehnt, theils früher erhaltene Unterstützung später nicht weiter nachgesucht, theils gar nicht in der behaupteten Art hilfsbedürftig gewesen. Der Angriff in der „Nordd. Allg. Ztg." war also durchaus unbegründet.

* Die Glattdeck-Corvette „Freya" (8 Geschütze, Commandant Capitän zur See Kupfer) ist am 30. April cr., das Kanonenboot „Iltis" (4 Geschütze, Commandant Cpt.-Lt. Klausa) am 26. April cr. in Hongkong eingetroffen.

* Die gedeckte Corvette „Moltke" (16 Geschütze, Commandant Capitän z. S. Pirner) ist eingegangener telegraphischer Nachricht zufolge in Montevideo eingetroffen.

Kassel, 11. Juni. Nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten über die gestrige Stichwahl zum Reichstage im Kreise Rinteln-Hofgeismar-Wolfhagen erhielt Senator Dr. Schläger (nationallib.) 3789, Lehrer Liebermann (Fortschr.) 3302 Stimmen. Schläger's Wahl ist gesichert.

Baden-Baden, 11. Juni. Die Kaiserin Augusta ist heute Nachmittag 1½ Uhr nach Coblenz abgereist.

Frankreich.

Paris, 12. Juni. Man meldet der „Trib.": Das Ministerium hat keinen Beschluß bezüglich der Frage der Kammerauflösung gefaßt, sondern sich dafür entschieden, die Entschließungen abzuwarten, die sich in dieser Beziehung in den Gruppen der Majorität vorbereiten. Grévy ist gegen eine überstürzte Auflösung, und von Gambetta wird dasselbe behauptet. Auch hinsichtlich etwaiger Demissionsgesuche einiger Minister beschloß der Ministerrath, die Resultate der von den Parteigruppen abzuhaltenden Versammlungen abzuwarten, obwohl erhebliche Differenzen im Kabinet bestehen. Constans, Cazot und Farre erklärten sich entschieden für Auflösung der Kammer nach Beendigung der Budgetdebatte, wurden jedoch niedergestimmt. Die Auflösung würde nur beschleunigt werden, wenn die gereizte Stimmung in der Kammermehrheit die Stellung der Regierung erheblich erschweren sollte. Die „République française" veröffentlicht einen hochwichtigen Artikel, der das zukünftige Wahlprogramm der Gambettisten skizzirt. Obenan steht eine Reform des Senates. Das Organ Gambetta's empfiehlt zwar die Beibehaltung dieser Körperschaft, tritt aber für die Einschränkung der Mandatsdauer der jetzt lebenslänglichen, sowie der gewählten Senatoren auf sechs Jahre ein. Die Wahl derjenigen, welche die bisherigen lebenslänglichen Senatoren zu ersetzen bestimmt sind, soll, durch beide Kammern vereint, nicht blos durch den Senat erfolgen. Endlich soll die Grundlage der Senatorenwahl in den größeren Gemeinden durch eine Vermehrung der Zahl der Wahlmänner in angemessener Proportion ausgedehnt werden.

Rußland.

Petersburg, 8. Juni. Die Kluft zwischen Liberalen und Conservativen ist breiter als je, die anfängliche Verstimmung gegen das jetzige Regiment wächst unter dem Triumphgeschrei der Anhänger Katkow's zusehends und steht auf dem Punkte, in wahre Erbitterung umzuschlagen. Die Preßverwaltung, deren starke Seite sicherlich nicht die Nachsicht ist und die augenblicklich wieder mit kräftiger Hand die Geißel schwingt, sie hat für die in der That bedenklichen Hetzereien der conservativen Presse kein Ohr, sie ist taub für die Schimpfreden der russischen Moskauer Zeitung (die kürzlich erst die ihr zu aufgeklärt erscheinenden Staatsmänner von Petersburg mit einer vernunftlosen Bande verglich), sie übersieht vollkommen die sehr schlechten Dienste, welche die „Patrioten" dem Staate mit ihrem Zwietracht säenden Gebahren leisten, weil die Oberpreßverwaltung nur das eine Ziel im Auge hat, jede freiheitliche Regung zu unterdrücken, also die liberalen Blätter zu maßregeln, bis sie zu Grunde gegangen sind. Die Preßverwaltung richtet sich natürlich genau nach den Weisungen der Regierung, welche in unbegreiflicher Verblendung Wege eingeschlagen hat, auf denen sie in das eigene Verderben hineinrennen muß. Es ist ein schlimmes Zeichen für die augenblickliche Lage, wenn man wegen dieser Verhältnisse hin und wieder von sonst ganz vernünftigen Leuten die Worte hört, „es ist rein um Nihilist zu werden." Eine sehr gefährliche Erscheinung ist es, daß auch das Offiziercorps in so bedenklicher Weise von den nihilistischen Ideen ergriffen ist: 18 Marine-Offiziere sind als schuldig und verdächtig verhaftet worden und außerdem sollen noch mehrere Infanterie-Offiziere eingezogen sein. Die Verhaftung so vieler Flotten-Offiziere führte natürlich sofort wieder zu der alten Vermuthung, daß der Großadmiral, Großfürst Constantin, der Vater und Anstifter der ganzen Verschwörung sei. Man könnte indeß diese auffällige Erscheinung auch so erklären, daß in der russischen Marine, wie ja allbekannt, die größte Gewissenlosigkeit und Willkür herrschte und deshalb die Revolutionäre dort lediglich durch die schlechte Wirthschaft groß gezogen worden sind. (Fortsetzung der Politik in der Beilage.)

Danzig, den 13. Juni.

* [Telegraphisches Wetter-Prognostikon der deutschen Seewarte für Dienstag, den 14. Juni.] Ziemlich trübes Wetter mit schwachen Winden, etwas Regen, langsame Erwärmung.

Für heute (Montag) war durch die gestrige Depesche in Aussicht gestellt: Etwas wärmeres Wetter mit veränderlicher Bewölkung; zeitweise Regen.

* Fürst Milan Obrenowitsch von Serbien hat, wie vorher bestimmt war, gestern Morgen die hiesige Stadt wieder verlassen und ist mit dem gestrigen Nacht-Courierzuge von Berlin, der in Folge seiner Verspätung den Fürsten in Dirschau über eine halbe Stunde auf den Anschluß warten ließ, zu einem dreitägigen Aufenthalt nach Petersburg weiter gereist. Von dort kehrt der Fürst über Wien nach Belgrad zurück, um später in Begleitung seiner Gemahlin eine Kurreise nach Ems anzutreten. In Danzig weilte der Fürst nur incognito und er hatte sich deshalb auch jeden Empfang und jede offizielle Begleitung verbeten, selbst diejenige des Hrn. Oberbürgermeister v. Winter, welcher den Fürsten in der Marienkirche begrüßte, wurde dankend abgelehnt. Fürst Milan und sein Gefolge (aus zwei Ordonnanz- und Flügel-Adjutanten, drei Ordonnanz-Offizieren und dem Chef des Civilkabinets bestehend, während der serbische Minister-Resident am Berliner Hofe den Fürsten nur bis hierher begleitet hatte) trugen sämmtlich Civilkleidung. Auch eine Serenade, welche dem Fürsten angeboten wurde, lehnte derselbe ab. Der zu Sonnabend Nachmittag projectirte Ausflug nach Oliva mußte wegen des heftigen Regens unterbleiben; dagegen fuhr der Fürst Mittags mit seinem Gefolge nach Neufahrwasser, nahm dort die Hafen-Einrichtungen in Augenschein und frühstückte in dem Gasthause zu den Drei Bronnen, während einzelne Herren seines Gefolges die Rettungs-Anstalten der Neufahrwasser Lootsenstation besichtigten. Nach der Rückkehr wünschte der Fürst namentlich hiesige Privatsammlungen und Alterthümer in Augenschein zu nehmen. Derselbe stattete daher dem bekannten reichen Kunstsammler Hrn. Kupferschmidt im „Lachs" einen Besuch ab und betrachtete deren Schätze ca. 1¼ Stunden lang, kostete dabei auch den „veritabeln Danziger", der ihm so gut mundete, daß er 100 Flaschen von den Lachs-Liqueuren bestellte. Ein unter den Sammlungen des Hrn. Kupferschmidt befindliches zierliches Porzellan-Service, das den besonderen Beifall des Fürsten fand, wurde demselben von Hrn. Kupferschmidt zum Geschenk gemacht. Aus Dankbarkeit ließ ihm der Fürst den serbischen Hausorden („Takowo-Orden") überreichen. Denselben Orden verlieh derselbe beim Scheiden von Danzig dem Besitzer des Hotel du Nord, Herrn Dirschauer jun., der den Fürsten auf dessen Wunsch hier umherführte. Weitere Besuche stattete der Fürst auch noch dem Bernsteinwaarenlager des Herrn Hoffmann, wo derselbe eine in Gold gefaßte Bernsteindose ankaufte, sowie der Kunstsammlung des Herrn Gieldzinski ab.

* Der Provinzial-Ausschuß der Provinz Westpreußen trat heute im hiesigen Rathhause zu einer 2tägigen Sitzung zusammen.

* Es verlautet, daß zum 1. August in die Stelle des Präsidenten der königl. Eisenbahn-Direction zu Bromberg Herrn Wex der Präsident der königl. Eisenbahn-Direction zu Berlin Herr Pape treten wird.

* Die nächste Eisenbahn-Ausschußsitzung der königl. Ostbahn-Direction, ihrer Betriebsämter, der betheiligten Privatbahn-Directionen und der Vertreter der kaufmännischen und landwirthschaftlichen Corporationen ist nunmehr auf den 5. Juli nach Bromberg einberufen worden.

⊙ Von den im Bau begriffenen neuen Bahnlinien untergeordneter Bedeutung des Ostbahnbezirks sieht die Strecke Schneidemühl-Dt. Crone noch in diesem Jahre ihrer Vollendung entgegen. Auch wird von der rechten Weichselufer-Städtebahn die Theilstrecke von Thorn bis Kulmsee fertig. Es ist Aussicht, daß beide Linien von Schneidemühl nach Deutsch Crone und von Thorn nach Kulmsee noch in diesem Jahre in Betrieb genommen werden. Der Eröffnung des Betriebes auf der Strecke Thorn-Kulmsee in diesem Jahre wird im nächsten Jahre die Betriebseröffnung auf der Strecke Kulmsee-Graudenz folgen. Auch die Strecke von Güldenboden nach Mohrungen wird im nächsten Jahre dem Verkehr übergeben werden. Die rechte Weichselufer-Städtebahn wird dem Eisenbahnbetriebsamt in Thorn unterstellt werden, welches künftig die Strecke von Allenstein nach Insterburg an ein neues Betriebsamt in Allenstein abgeben wird und sich durch die Strecke Jablonowo-Strasburg-Soldau vergrößert, sofern letztere zur Ausführung gelangt. Die Bahn Güldenboden-Mohrungen-Allenstein wird nach ihrer Vollendung dem Betriebsamt in Danzig zugetheilt werden. Letzteren ist auch die Strecke Berent-Hohenstein zugedacht, falls dieselbe gebaut werden sollte, woran wohl jetzt nicht mehr zu zweifeln ist.

* Der in vorvoriger Woche von hier mit Weizen nach Stockton ausgegangene englische Dampfer „Norman", aus London, ist Freitag Nachts an der englischen Küste in der Nähe von Seaham gestrandet. Der Dampfer hat bei dem Unfall Schraube und Ruder eingebüßt, an der Backbordseite ein großes Loch erhalten und wird wahrscheinlich gänzlich verloren sein. Der Capitän blieb auch nach dem Unglücksfalle noch an Bord, um so viel als möglich von dem Schiff zu bergen. Die Mannschaft ist gerettet.

* Gestern (Sonntag) Nachmittags bald nach 3 Uhr kam das Panzer-Uebungsgeschwader von Zoppot und Neufahrwasser aus zuerst in Sicht. Gegen 5 Uhr traf dasselbe auf der Rhede ein. Der Aviso „Grille" ging sofort in den Hafen, um dort die erforderlichen Meldungen zu machen und die Postsachen abzuholen; die vier Panzerfregatten gingen gegenüber Zoppot in Kiellinie vor Anker und erwarteten dort die Rückkunft der „Grille". Heute Morgen befanden sich sämmtliche fünf Schiffe noch auf dem Ankerplatz, den sie aber in Kürze verlassen werden, um zunächst weitere Uebungen zu unternehmen und dann in der Bucht von Gdingen, in deren Nähe jetzt eine Eisenbahn-Haltestelle errichtet ist, Schießübungen, Landungsmanöver und andere Exercitien bis in die zweite Hälfte Juli hinein vorzunehmen. Das Geschwader hatte am Freitag Rügen verlassen, woselbst dasselbe einen Tag geankert, und war dann seitdem unterwegs. An Bord ist Alles wohl. Das vom Capitän zur See v. Wickede befehligte Geschwader besteht bekanntlich, außer dem flinken Avisoschiff „Grille", aus den Panzerfregatten „Friedrich Carl" (Admiralschiff) und „Kronprinz", die je 16 schwere Geschütze und 6007 bezw. 5568 Tons Deplacement haben, und den Panzer-Thurmschiffen „Friedrich der Große" und „Preußen" mit je 6 schweren Schiffsgeschützen und 6700 Tons Deplacement. Die Besatzungsstärke jeder der vier Panzerschiffe beträgt 501 Mann; die Maschinen der beiden Thurmschiffe haben je 5400, die des „Kronprinz" 4800 und die des „Friedrich Carl" 3500 indicirte Pferdekräfte.

* In Zoppot sollten gestern die kalten Seebäder eröffnet werden. Die herrschende Temperatur von 4—6 Grad R. scheint aber für den Genuß dieser Erfrischung nicht viel Neigung erweckt zu haben; die Eröffnung der Saison wird wohl noch verschoben werden müssen. — Die Zahl der Logirhäuser hat sich auch in diesem Jahre wieder beträchtlich vermehrt, da ca. 20 zum Theil recht stattliche und große Häuser neu entstanden sind. Ob schon in diesem Jahre der Begehr nach Wohnungen dieser Unternehmungslust entsprechen wird, ist bis jetzt ziemlich zweifelhaft, da zur Zeit noch recht viele Wohnungen unvermiethet sind. — Neuerdings scheint übrigens ein recht geschickter Dieb sich den Ort als Operationsfeld ausersehen zu haben. Vor etwa 14 Tagen wurde ein Einbruch in den dortigen Tabaks- und Cigarrenladen des Kaufmanns W. ausgeführt und wurden dabei sowohl baares Geld als Waaren gestohlen. Sonnabend Nachts ward wieder ein verschlossener Schaukasten erbrochen und seines Inhalts im Werthe von ca. 50 Mk. beraubt und gestern Nachts an derselben Stelle wieder eine Quantität Zeltleinwand abgeschnitten und gestohlen. Ueber die Persönlichkeit dieses unerwünschten Gastes fehlt noch jede Spur.

* Die diesjährige Versammlung von Rabbinern und anderen jüdischen Cultusbeamten Westpreußens wird am 3., 4. und 5. Juli in Thorn stattfinden. Die vorjährige Versammlung wurde bekanntlich in Danzig abgehalten.

ℜ Konitz, 12 Juli. Heute Mittag 12 Uhr fand die Enthüllung des auf dem Holzmarkte errichteten Kriegerdenkmales statt. Zu dem Festacte waren die Veteranen der Freiheits-Kriege, die Theilnehmer an den Feldzügen 1864, 1866 und 1870/71 die Behörden, Corporationen, Schulen 2c. eingeladen. Außerdem hatten sich Tausende von Personen aus Stadt und Umgegend auf dem mit Laub und Flaggen geschmückten Festplatze eingefunden. Die Feier wurde mit dem Choral: „O daß ich tausend Zungen hätte" und mit Böllerschüssen eingeleitet, worauf der hiesige Gymnasialdirektor die Festrede hielt. Das Thema derselben war das Wort Th. Körners „Vergiß der treuen Todten nicht!" Diese ernste Mahnung des Dichterhelden, der fürs Vaterland auf den Opferhügeln gefallen, sei es gewesen, die wieder und immer wieder aufgefordert habe, den in den Kriegen 1864, 1866 und 1870,71 gefallenen Einwohnern des Kreises ein ehrendes Mal zu errichten. Nach der Rede fiel die Hülle des Denkmals und Major v. H. gedachte in kräftigen Worten des obersten Kriegsherrn. Dem Hoch auf denselben erfolgte die Uebergabe des Denkmals an den Kreis und vom Landrath Boldt an die Stadt. Die Feier schloß mit dem Choral: „Nun danket Alle Gott." Das Denkmal erinnert in seinem Styl an korinthische Säulenbildung. Der Sockel desselben ist ein Achteck, dessen Seitenflächen mit schwarzen Marmortafeln bekleidet sind. Die eine Seitenfläche trägt das Bildniß des Kaisers und eine andere die Widmung. Die sechs übrigen Seitenflächen weisen die Namen der in den Kriegen 1866 und 1870/71 Gefallenen, deren Anzahl 49 beträgt, aus Stadt und Kreis in Goldschrift auf. Das Denkmal ist von einem Kettengitter umwehrt. — Die Feier fand Nachmittag in einem im Schützenhause stattgehabten Concert eine Fortsetzung, zu dem alle zum Tragen einer Kriegerdenkmünze Berechtigten freien Zutritt hatten. Die Veteranen wurden in demselben gastlich bewirthet. Die Anzahl der anwesenden Veteranen aus den Freiheitskriegen belief sich indeß nur noch auf zwei.

Lautenburg, 10. Juni. Zum ersten Mal ist ein bedeutender Gewinn nach Lautenburg gekommen. Bei der Ziehung der Baden-Badener Lotterie am letzten Dienstag fiel der erste Hauptgewinn, ein Brillantschmuck im Werthe von 10 000 Mark, auf die in Händen des Klavierstimmers Schneider befindliche Nr. 45 166.

Bromberg, 12. Juni. Der hiesige Bürgermeister Werner ist zum Bürgermeister der Stadt Hamm erwählt und als solcher vom Kaiser bestätigt worden.

Vermischtes.

Berlin, 12. Juni. Dem königl. Opernhause wird vom nächsten Jahre ab ein früheres Mitglied, Frau Sachse-Hofmeister, wieder angehören. Außerdem tritt Frl. Lichtenegg vom Hoftheater in Stuttgart, welche gegenwärtig bei Kroll singt, mit Beginn der nächsten Saison in den Verband der kgl. Oper.

* In der am Dienstag im Ostend-Theater stattfindenden Wohlthätigkeits-Vorstellung wird die Hof-Schauspielerin Frl. Clara Meyer außer als Euphrosine auch noch in der Balconscene in „Romeo und Julia", in der ihr Bruder, Hr. Arthur Meyer, den Romeo spielt, mitwirken.

* Lietzmannstraße 11 wohnt die Wittwe T. Vorgestern Abend 8 Uhr zog ein „reisender Handwerksbursch" die Klingel ihrer Wohnung und bat um Zehrgeld, seine Legitimationspapiere vorzeigend. Als die Frau, während sie dieselben durchsah, ihr Portemonnaie zog, versetzte der bettelnde Strolch ihr einen wuchtigen Schlag mit einem stumpfen Instrumente, so daß sie besinnungslos niederstürzte, entriß ihr, dem „K. J." zufolge, die Börse und ein Medaillon an goldener Kette und ergriff die Flucht, ohne daß es den schnell alarmirten Hausbewohnern gelang, seiner habhaft zu werden.

Wien, 11. Juni. Gestern Abend ist einer der bekanntesten Persönlichkeiten Wiens, der Freiherr von Sothen in seiner Villa am Fuße des Kohlenberges von seinem Jäger Hietler aus Rache erschossen worden. H. stand seit zehn Jahren im Dienste des Barons. In letzterer Zeit hatte H. sich dem Trunke ergeben, und da alle Mahnungen fruchtlos blieben, war ihm vor wenigen Tagen von seinem Herrn der Dienst gekündigt worden. — Baron Sothen, der ein Vermögen von mehreren Millionen hinterläßt, begann seine Carriere in den bescheidensten Verhältnissen. Er hatte eine Tabaks-Trafik in Verbindung mit einer Lotto-Collectur und erfand damals die „Promesse", welche sich bald in Wien und in ganz Oesterreich Eingang zu verschaffen wußte. In wenigen Jahren besaß er ein großes Vermögen das sich noch bedeutend vermehrte, als er eine Wechselstube gründete. Diese ging später an die Unionbank über und Baron Sothen zog sich in das Privatleben zurück. Er stand im 64. Lebensjahre. Er gehörte zu den eifrigsten Anhängern der ultramontanen Partei.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 13. Juni. Der Reichstag lehnte heute den Antrag von Weddell's wegen des Procentstempels von Schlußnoten mit Stimmengleichheit ab und nahm den Antrag v. Lerchenfeld's an, so daß das Comptantgeschäft mit einem Fixstempel von 20 Pfennigen, die Zeitgeschäfte mit einem solchen von 1 Mark belastet werden.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, den 13. Juni.

		Crs. v. 11.			Crs. v. 11.
Weizen, gelb			Ung. 4% Goldrente	—	79,10
Juni-Juli	214,00	214,00	II. Orient-Anl	59,20	59,40
Sept.-Okt.	214,00	214,00	1877er Russen	94,50	94,60
Roggen			1880er „	75,70	75,90
Juni	206,00	205,00	Berg.-Märk. St.-Act.	117,40	116,90
Sept.-Okt.	176,50	176,20	Mlawka Bahn	99,00	99,20
Petroleum pr. 200 ℔			Lombarden	218,00	215,00
Juni	24,80	24,80	Franzosen	648,50	655,00
Rüböl			Galizier St.-A	139,10	136,70
Juni-Juli	53,60	53,60	Rum. 6% St.-A	103,80	103,60
Sept.-Oct.	54,90	54,70	Cred.-Actien	616,00	609,00
Spiritus loco	59,00	58,60	Disc.-Comm.	220,25	217,50
Juni-Juli	58,80	58,60	Deutsche Bk.	162,90	161,40
4% Consols	102,20	102,20	Laurahütte-Actien	108,70	108,70
3½% westpr. Pfandbr.	92,70	92,70	Oestr. Noten	175,45	175,70
4% westpr. Pfandbr.	100,80	100,75	Russ. Noten	207,25	207,85
			Kurz Warsch.	206,90	207,50
4½% westpr.			Kurz London	—	20,48
Pfandbr.	102,90	102,90	Lang London	—	20,38

Fondsbörse: sehr fest.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 13. Juni.

Weizen loco behauptet, pr. Tonne von 2000 ℔

feinglasig u. weiß	126—130℔	215—235 M. Br.	185 bis 210 M. bez.
hochbunt	125—129℔	210—225 M. Br.	
hellbunt	117—128℔	190—220 M. Br.	
bunt	117—126℔	180—205 M. Br.	
roth	117—128℔	190—210 M. Br.	
ordinair	104—129℔	160—190 M. Br.	

Regulirungspreis 126℔ bunt lieferbar 202 M.

Auf Lieferung 126℔ bunt pr. Juni-Juli 203 M. Br., 202 M. Gd., pr. Juli-August 204 M. Br., 203 M. Gd., pr. September-Oktober 200 M. Br., 199 M. Gd.

Roggen loco fest, pr. Tonne von 2000 ℔
grobkörnig pr. 120℔ trans. 190 M.
Regulirungspreis 120℔ lieferbar 200 M., unterpoln. 190 M., trans. 190 M.
Auf Lieferung pr. Juni-Juli inländ. 200 M. Br., do. trans. 190 M. Br., pr. Sept.-Oktober trans. — M. Gd., pr. October-Novbr. trans. 161 M. bez.

Hafer pr. Tonne von 2000 ℔
polnischer und russischer 140—148 M. verzollt.

Rübsen loco pr. Tonne von 2000 ℔
Auf Lieferung pr. Sept.-Oktbr. trans. 245 M. Br., 244 M. Gd.

Spiritus loco pr. 10 000 pCt. Liter 58 M. Gd.

Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

Danzig, 13 Juni 1881.

Getreide-Börse. Wetter: trübe, regnerisch und kalt. — Wind: Nord-West.

Weizen loco hatte am heutigen Markte eine ruhige Stimmung, doch sind unveränderte Preise bedungen worden. Am Sonnabend wurden noch 400 Tonnen russischer hochbunt 127/8, 128/9, 129, 130℔ Weizen zum Transit vom Speicher zu 220 M. pr. Tonne gekauft, heute sind 200 Tonnen gehandelt und wurde bezahlt für polnischen zum Transit roth 121/2℔ 190 M., bunt krank 118℔ 183 M., hochbunt 126℔ 205 M., 129℔ 210 M., für russischen zum Transit roth 117/8℔ 190 M., hellbunt 125℔ 200 M. pr. Tonne. Termine fest gehalten. Transit Juni-Juli 203 M. Br., 201½ M. Gd., Juli-August 204 M. Br., 202 M. Gd., Septbr.-Oktober 200 M. Br., 199 M. Gd. Regulirungspreis 202 M.

Roggen loco fest und für Consumzwecke gekauft. Bezahlt wurde für polnischen zum Transit 120℔ 190 M., 122℔ 192 M., für russischen 122℔ 192 M. pr. Tonne. Termine Juni-Juli inländischer 200 M. Br., Juni-Juli Transit 190 M. Br., October-November Transit 161 M. bez. Regulirungspreis 200 M., Transit unterpolnischer 190 M., Transit 190 M. Gekündigt wurden 50 Tonnen. — Hafer loco abfallender russischer verzollt zu 140 M., besserer russischer verzollt zu 147, 148 M. pr. Tonne verkauft. — Winterrübsen Sept.-Oktober Transit 244 M. Gd. — Spiritus 58 M. Gd.

Wolle.

Thorn, 12. Juni. Zum hiesigen Wollmarkt sind bis jetzt 1500 Ctr. meist gewaschener Wollen angefahren, die Zufuhren dauern noch fort. Die Wäschen sind gut. Die Hauptzufuhr steht in Folge des Regenwetters erst morgen zu erwarten.

Thorn, 13. Juni. Wollmarkt. (Specialtelegramm.) **Anfuhr 3000 Centner. Das Geschäft ist lebhaft, die Kauflust rege, die Käufer sind zahlreich, meistens Händler und Fabrikanten. Der Preisabschlag für gute betrug 9–15 Mk., für mittlere 12–18 Mk. Hiesige Wollen wurden mit 144–171 Mk., ungewaschene mit 54–63 Mk. zu 5/6 der Zufuhr verkauft. Die Wäsche ist zufriedenstellend.**

W. Posen, 11. Juni. Wollmarkt. (Originalbericht.) Der so ungünstige Ausfall des Breslauer Wollmarktes hat auf die Wollinteressenten einen sehr deprimirenden Einfluß ausgeübt, da der Preisabschlag erheblicher war, als man sich denselben vorgestellt hatte. Berücksichtigt man, daß die Preise des vorjährigen Breslauer Wollmarktes für unsere Posenschen Wollen 2—4 Thlr. niedriger waren, als in Posen, so ist der Preisabschlag mindestens auf 10 Thlr. zu normiren. Unsere Händler in der Provinz haben zwar in diesem Jahre sehr wenig contrahirt und opperirten sehr vorsichtig, aber immer noch außer Verhältniß zu den jetzigen Preisen. Die Zufuhren haben durch das regnerische Wetter eine Verspätung erfahren. Bis gestern Abend waren sämmtliche Zelte noch leer. Erst heute früh 4 Uhr begannen dieselben in bedeutenstem Maßstabe und dauern bis Nachmittags ununterbrochen fort. Nach momentaner Schätzung dürfte das bis jetzt zugeführte Quantum die Höhe von 16- bis 18 000 Ctr. erreicht haben, jedoch werden noch die Nacht und morgen früh bedeutende Transporte erwartet. Vom Geschäft war heute noch nicht viel zu verspüren. Wenngleich Käufer in genügender Anzahl vertreten waren, so hinderte die strenge Marktordnung jeden Verkauf, weil vor dem 12. Juni früh 5 Uhr Züchen erst geschnitten werden können, außerdem waren Käufer des regnerischen Wetters wegen noch wenig am Markte. Es wurden im Laufe des Nachmittags nur unbedeutende Posten bekannter Stämme von denselben Käufern acquirirt, die diese Wollen schon seit Jahren kaufen und zwar mit einem Preisabschlag von 6 bis 8 Thalern. Da die Wäsche als vorzüglich gelungen zu betrachten ist, so geben sich Producenten der Hoffnung hin, daß sie dadurch bessere Preise erzielen werden. Außer den ständigen Besuchern aus Frankreich und England erwartet man auch einige größere russische Fabrikanten. Die Stimmung ist bis jetzt unentschieden und wird der Hauptverkehr morgen früh seinen Anfang nehmen. Das Schurgewicht stellt sich dem vorjährigen fast gleich, nur ein geringer Theil ist um 5 Procent weniger.

W. **Posen, 12. Juni. (Tel.) Der Wollmarkt nahm einen schnellen Verlauf, da Speculationskäufe vorgenommen wurden. Die Gesammtzufuhr beträgt über 26000 Centner. Hiervon sind über 7/8 verkauft. Seit gestern Abend ist die Stimmung fest. Preise sind theilweise höher; Preisabschlag 5 bis 8 Thaler.**

W. Posen, 13. Juni. Nachdem die Verkäufer gestern allgemein in den bereits gemeldeten Abschlag von 15—24 Mark gegenüber den vorjährigen Preisen gewilligt hatten, entwickelte sich ein sehr lebhaftes Geschäft, so daß sich der Markt zu räumen begann. Der gestern Abend übrig gebliebene kleine Rest und die heute noch eingetroffene Zufuhr wurden schnell geräumt. Der Preis war bis zu 6 Mark höher als gestern. Die Stimmung blieb fest. Der Markt ist heute beendet.

London, 11. Juni. In der gestrigen Wollauction waren Preise unverändert, Stimmung fest.

Schiffsnachrichten.

ℬ. Pillau, 12. Juni. Am gestrigen Tage lief der englische Dampfer „Levant", Capt. Martin, mit Salz beladen, bei seinem Einkommen in den hiesigen Hafen gegen den kurz vorher hier eingetroffenen vor dem Lootsenbootshafen liegenden Elbinger Dampfer „Pinus", Capt. Jeß, und stieß diesem außer anderen Beschädigungen, ein ca. 1 Meter langes Loch in dem über Wasser liegenden Theil des Schiffsrumpfes ein; glücklicherweise war der Dampfer „Pinus" leer, andernfalls wäre er gesunken. „Pinus" wurde durch den hiesigen Privatbugsirdampfer „Vox" behufs Reparatur nach seinem Heimathhafen Elbing gebracht.

Reval, 6. Juni. Der gestrandete Dampfer „Constantin" ist unter Assistenz abgebracht worden.

Wisby, 9. Juni. Der gestrandete Dampfer „Amcott" ist ebenfalls wieder abgebracht und nach Faröśund geschleppt worden.

Sunderland, 10. Juni. Der schwedische Dampfer „Norma", mit Holz beladen, ist auf den Felsen zwischen hier und Ryhope gestrandet.

Hongkong, 6. Juni. Von dem verunglückten Dampfer „Elgin" ist das Boot des ersten Steuermannes hier, dasjenige des Capitäns in Singapore angekommen, während das Boot des zweiten Steuermannes noch vermißt wird, man hofft indeß, daß dasselbe wohlbehalten ist.

Newyork, 11. Juni. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Neckar" ist hier eingetroffen.

Halifax, 24. Mai. Die von Sandefjord hier angekommene norwegische Bark „Apollo" hat am 8. Mai, auf 46° NBr. 42° WLge. während der Nacht eine in Noth befindliche schwarze Bark passirt, welche etwa 350 bis 400 Tons groß war. Die Mannschaft wünschte das Schiff zu verlassen, rief dem Capitän indeß zugleich zu, daß keine Böte mehr an Bord seien. Da der Sturm zunahm, konnte der „Apollo" zur Zeit keine Hilfe leisten und mußte sich von der Bark wieder entfernen. Mit Tagesanbruch war dann keine Spur mehr von derselben zu sehen.

Wetterbericht für die Ostseehäfen

vom 12. Juni, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barometer mm. auf 0° u. Meeresspiegel reducirt.	Wind. Richtung.	Wind. Stärke nach Beauforts Scala	Wetter.	Temperatur Cels.	Seegang 0 = schlicht 9 = äusserst hoch.
Memel	746,9	N	4	bedeckt	9	4
Neufahrwasser	753,3	N	5	bedeckt	7	—
Swinemünde	756,2	NNW	3	Regen	8	2
Kiel	760,0	NW	4	Regen	8	—
Skagen	759,0	NO	2	bedeckt	11	2
Kopenhagen	757,2	NNO	6	bedeckt	9	—
Bornholm Hammer	755,7	NNO	2	bedeckt	8	—
Stockholm	755,0	NNW	8	halbbed.	8	—
Riga	748,3	N	2	bedeckt	9	—

Der Barometer ist meist etwas gestiegen. Depression östlich von Riga. Winde auf dem Canal leicht und umlaufend, an der deutschen Küste schwach nördlich und nordwestlich. Wetter meist trübe in Norddeutschland vielfach Regen. Im Nordosten kälter, sonst etwas wärmer.

Wetterbericht für die Ostseehäfen

vom 13. Juni, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barometer mm. auf 0° u. Meeresspiegel reducirt.	Wind Richtung.	Wind Stärke nach Beauforts Scala.	Wetter.	Temperatur Cels.	Seegang 0 = schlicht 9 = äusserst hoch.
Memel	752,1	N	5	Regen	8	4
Neufahrwasser	753,6	NW	3	bedeckt	8	—
Swinemünde	758,5	NNW	3	bedeckt	12	1
Kiel	761,2	N	1	wolkig	9	—
Skagen	759,8	ONO	3	heiter	12	2
Kopenhagen	758,1	N	2	bedeckt	12	—
Bornholm Hmmr.	757,3	NO	2	bedeckt	9	—
Stockholm	756,0	N	8	bedeckt	8	—
Riga	748,6	N	3	bedeckt	11	—

Der Luftdruck und die Wetterlage wenig verändert. Winde meist schwach; auf dem Kanal westlich, auf der deutschen Nordsee umlaufend, auf der südlichen Ostsee nordwestlich, auf der mittleren Ostsee starker bis stürmischer Nord. Wetter etwas wärmer, meist trübe; vielfach regnerisch.

Meteorologische Beobachtungen.

Juni.	Stunde.	Barometer-Stand in Millimetern.	Thermometer Celsius.	Wind und Wetter.
12	12	753,0	7,2	N., frisch, bed. u. regnig.
13	8	754,6	7,8	NNW., flau, bedeckt.
	12	755,4	8,8	NNW., flau, bedeckt.

Verantwortliche Redaction der Zeitung, mit Ausschluß der folgenden besonders bezeichneten Theile: H. Röckner; für den lokalen und provinziellen Theil, die Handels- und Schifffahrtsnachrichten: A. Klein; für den Inseraten theil: A. W. Kafemann, sämmtlich in Danzig.

Durch die Geburt eines Knaben wurden erfreut.
Danzig, den 12. Juni 1881.
Franz Kuhnert und Frau,
8218) geb Rohrbek.

Wir wurden durch die Geburt eines Töchterchens hoch erfreut.
Berlin, den 10. Juni 1881. (8222
Herrmann Ebenstein und
Frau **Cäcilie**, geb. Sternfeld.

Clara Schweitzer,
Max Poppe,
Verlobte.
Bielefeldt, im Juni 1881.

Heute Vormittag 10 Uhr starb sanft nach längerem Leiden unsere geliebte Mutter, die verwittwete Frau Regier.-Kanzlei-Inspector

Pauline Hüllner,
geb. **Stephan**, (8208
in ihrem 68. Lebensjahre.
Theilnehmenden Bekannten widmen diese Anzeige.
Danzig, den 11. Juni 1881.
Die hinterbliebenen Kinder.

Nach langem Leiden entschlief heute Nachmittags 3 Uhr, sanft, meine theure Frau, unsere innigstgeliebte Mutter Schwiegermutter und Großmutter, Frau

Johanna Schopnauer,
geb. **Schultz**,
im 56. Lebensjahre, welches tiefbetrübt anzeigen. (8217
Tannsee, den 11. Juni 1881.
Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 15. d. Mts., Nachmittags statt.

Gestern Abend ¾8 Uhr starb nach Gottes unerforschlichem Willen unsre hoffnungsvolle, vielgeliebte jüngste Tochter **Elisabeth** im 7. Lebensjahre nach kaum 2tägigem Krankenlager am Scharlach. Dies zeigen Freunden und Bekannten hiermit statt jeder besonderen Meldung tiefbetrübt an. (8238
Löblau, den 12. Juni 1881.
Pfarrer **Uebe** und Frau.

Danzig—Putzig.

Bis auf Weiteres fährt Dampfer „**Putzig**", Capt. **Barlasch**,
Montag, Nachmitt. 4 Uhr von Danzig.
Mittwoch, Morg. 5½ Uhr von Putzig.
Nachmitt. 4 Uhr von Danzig.
Sonnabend, Morg. 5½ Uhr v. Putzig.
„Weichsel" Danziger Dampfschiffahrt u. Seebad-Actien-Gesellschaft.
Emil Berenz. (8236

Danzig—Stettin.

Dampfer „**Kreßmann**" ladet hier nach **Stettin.** (7432
Güter-Anmeldungen nimmt entgegen
Ferdinand Prowe.

Gothaer Silber-Lotterie. Ziehung 9. August cr. Loose a M. 1, bei **Th. Bertling**, Gerbergasse 2.

Mein Comptoir ist jetzt Poggenpfuhl No. 76,
parterre.
John Paleske.

Iª. Himbeer- u. Kirschsaft mit und ohne Zucker, offerirt in vorzüglicher Qualität preiswerth **die Frucht-Saft-Presse** von
H. H. Zimmermann Nachfolg.,
Langfuhr 78. (8118

I Träger und Eisenbahnschienen zu Bauzwecken
empfiehlt billigst
Max Baden,
43. Milchkannengasse 34.

Für Herren
empfehle ich
Chagrin-Schnürschuhe
für 7 M.,
niedere Leder- u. Serge-Schuhe, (sogenannte Kellnerschuhe) für 6 M.,
Serge-Gamaschen für 7 M.,
Roßleder-Gamaschen f. 7, 8, 9 u. 10 M.,
Roßleder-Schaftstiefel v. 9 M. 50 ₰ an,
Rindlack-Gamaschen hochelegant mit **Dopelsohlen** auf Rand für M. 10,50
elegante
leichte Sommerstiefel
auf Rand von 8 M. an,
Für Knaben
Schaftstiefel und Gamaschen
von 5 M. an. (8257
Schuhfabrik.
G. Willdorff,
Kürschnergasse 39.

Beste englische Steinkohlen
empf. billigst ex Schiff frei ins Haus
A. W. Dubke,
Ankerschmiedegasse 18. (8224

Holzfelder an der Weichsel

sind unter günstigen Bedingungen zu jeder Zeit zu verpachten auf dem Gute **Holm bei Danzig.** (8207

Die Bäckerei Breitgasse 70 am Krahnthor ist zu verpachten.

Für Aerzte!

Medizinische Instrumente und Bücher sind aus dem Nachlaß des Herrn Dr. Neufeld zu verkaufen. Näheres **Langenmarkt 21** II., Vorm v. 11—2.

Heumarkt Danzig. **Heumarkt Danzig.**

Vorläufige Anzeige.

Einem hochgeehrten Publikum von Danzig und Umgegend zur gefälligen Nachricht, daß in einigen Tagen das weltberühmte

Cagliostro-Theater,

Dir. Pr. B. Schenk, größter Zauberer und Geisterbeschwörer

der Jetztzeit von Magdeburg hier eintrifft und in dem eigens dazu errichteten prachtvollen indisch decorirten **Zauber-Salon** auf dem **Heumarkte** von Sonnabend, den 25. Juni an, einen Cyclus von Vorstellungen arrangirt. Das Repertoir besteht aus über **1000 der wunderbarsten Phaenome** im Gebiete der **Zauberei, Physik, Optik, Hydraulik, Somnambulismus, Spiritismus, Musik, Agioscopie, Concerte des Piano Orchester, Electro Moteur.**

Reise um die Erde,

in 40 Minuten Vorstellung 20 Fuß großer Pracht-Monstre-Tableaux. (8241

NB. Der großartige, circa 1500 Personen fassende Zauber-Salon ist mit dem Comfort eines permanenten Theaters ausgestattet, Decorationen, welche alles Dagewesene in diesem Genre übertreffen, sind aus dem Atelier des Herrn Rostock, Maschinerien, Wasserwerke und Beleuchtungs-Objecte von Ferd. Devaure in Versailles. Costümes und Requisiten vollständig neu. Electrische Beleuchtung.

Alles Nähere die Placate.

Hochachtungsvoll
Schirmer,
Geschäftsführer u. Arrangeur.

Um Platz zum Umbau unseres Geschäftslokals zu gewinnen, verkaufen wir bis Ende dieses Monats, sämmtliche Waaren-Vorräthe zu und unterm Kostenpreise; wir empfehlen:

Einen Posten Servietten a Dtzd. von 4 Mk. an,
„ „ Tischtücher a Stück **von 1 Mk. an,**
„ „ leinene Handtücher a Dtzd. **von 4,75 Mk.,**
200 Dtzd. leinene Staubtücher mit roher Kante a Dtzd. 2 Mk.,
Einen Posten Tischgedecke mit 6 Servietten von 5 Mk. an,
„ „ „ mit 12 Servietten von 10 Mk. an,
„ „ Damast-Gedecke mit 12 Servietten a 19 Mk.,
„ „ Franzen-Tischdecken in allen Farben a 2, 2,50 bis 3 Mark,
500 Dutzend leinene Taschentücher für Herren und Damen, a Dtzd. von 2,40 Mk. an,
Kinder-Tücher a Dtzd. von 1,80 Mk. an,
1000 Mtr. engl. Tüll-Gardinen a Mtr. 70 Pf.
Damen-Kragen und Manschetten a 20, 30 bis 50 Pf.

Kiehl & Pitschel,
29 Langgasse 29.

Sämmtliche Tischzeuge, Taschentücher rc., sind vollständig fehlerfrei.

Seebad Weichselmünde
Feyerabend's Garten - Etablissement,
nahe dem Dampfboot-Anlegeplatz gelegen,
bietet dem geehrten Publikum durch seine comfortable Einrichtung einen angenehmen Aufenthalt. (8253

Speisen gut, Bedienung reell.

NB. Meinen Mittagstisch in und außer dem Hause empfehle angelegentlichst.
Hochachtungsvoll
G. Feyerabend,
Weichselmünde.

Coupons
per 1. Juli 1881
von Danziger Hypotheken-Pfandbriefen,
von Stettiner National-Hyp.-Pfandbr. u.
von Preußischen Hypoth.-Pfandbriefen
lösen wir vom **15. Juni** cr. ab ohne Abzug ein. (8162
Meyer & Gelhorn.

Brauerei Englisch Brunnen, Elbing,
Lager- und Böhmisches Bier obiger Brauerei in vorzüglicher Qualität, empfiehlt in Gebinden als auch in etiquettirten Flaschen
Robert Krüger, Hundegasse 34.

Wiesenland - Verpachtung
zu
Osterwick.

Freitag, den 17. Juni 1881, Vormittags 10 Uhr, werde ich zu Osterwick, von den **Arnold**'schen Ländereien, zur diesjährigen Nutzung, an den Meistbietenden verpachten:

ca. 24 culm. Morgen Wiesenland in abgetheilten Tafeln.

Der Versammlungsort der Herren Pächter ist im Gasthause des Herrn **Weimer** zu Osterwick. Die Zahlungstermine, sowie die näheren Bedingungen werde ich bei der Verpachtung bekannt machen.

Janzen, Auctionator,
8248] Breitgasse No. 4.

Auction Hundegasse 77, 2 Trep.

Freitag, den 17. Juni cr., Nachmittags 3 Uhr, werde ich für Rechnung der Doeblin'schen Concursmasse
circa 220 Meter Schuh-Cord, Drell, Plüsch und Serge,
„ 140 „ div. Gummizug,
„ 120 Paar zur Nath gefertigte Damen- und Herren-Gamaschen.
öffentlich meistbietend gegen baare Zahlung versteigern. (8254
Rich. Arndt,
vereidigter Auctionator.

Einen bedeutenden Posten von

leinenen Tischtüchern, Servietten, Handtüchern und Taschentüchern

habe ich, theils wegen kleiner Fehler, theils wegen außergewöhnlicher Größen, in dem vorderen Theile meines Geschäftslokals zum

Ausverkauf

gestellt.
Da in diesem Posten die verschiedensten Qualitäten und Größen vertreten sind, so bietet derselbe in Anbetracht der äußerst billigen Preisnotirungen Gelegenheit zu günstigen Anschaffungen für feine und einfache Haushaltungen, wie auch für Restaurants.

August Momber.

The Singer Manufacturing Co.,

New York,
Grösste Nähmaschinen-Fabrik der Welt
erzielte 1880 wieder, wie in allen früheren Jahren, den
Höchsten Umsatz **538 609** Nähmaschinen
oder 107 442 mehr als im vorhergehenden Jahre.
Die Beliebtheit der Original Singer Maschinen wird am besten bestätigt durch den großartigen Umsatz. Es verkaufte:

THE SINGER MFG. CO. N.Y. TRADE MARK

The Singer Manfg. Co. 1875-249 852 Maschinen.
The Singer Manfg. Co. 1876-262 316 Maschinen.
The Singer Manfg. Co. 1877-282 812 Maschinen.
The Singer Manfg. Co. 1878-356 432 Maschinen.
The Singer Manfg. Co. 1879-431 167 Maschinen.
The Singer Manfg. Co. 1880-538 609 Maschinen.

THE SINGER MFG. CO. N.Y. TRADE MARK

Diese Zahlen beweisen, daß sich der Umsatz der Singer Manufacturing Co. innerhalb 5 Jahren verdoppelt, und eine halbe Million Maschinen pro Jahr, oder zehntausend pro Woche überschritten hat. Eine so große fortwährend wachsende Nachfrage ist gewiß die beste Gewähr für die Vorzüglichkeit eines Fabrikats.

Um auch dem weniger Bemittelten es zu ermöglichen sich eine der nützlichsten Erwerbsmaschinen anzuschaffen, werden die Original Singer Maschinen **ohne Preiserhöhung** bei kleiner Anzahlung auf wöchentliche Abzahlung von **2** Mark an abgegeben.

Nur ächt, wenn die Maschine auf dem Arme vorstehende Fabrikmarke, sowie die volle Firma: „The Singer Manufacturing Co." trägt. (5931

G. Neidlinger, 44. Langgasse 44.

Die Wagenfabrik von A. W. Sohr,
DANZIG,
Vorstädtischen Graben No. 54,
empfiehlt neue elegante Landauer und Doppel-Kaleschen, neue hübsch geformte offene und halbgedeckte Wagen, mit und ohne Langbaum unter Garantie; einen fast neuen Jagdwagen auf freien Achsen (Patentachsen und englische Federn) empfehle preiswerth. (8252

Vorräthig bei Th. Bertling. Gerbergasse 2:

Archiv für Seewesen, 1—8. Jahrgang (M. 80) M. 28. — Motthes Baulexikon nebst archäolog. Wörterbuch. 3. Auflage. 102 Lief., compl. (M. 51) M. 25. — Roßmäßler, die Geschichte der Erde. Mit Illustr., geb. (M. 6) M. 2,50. — Ders., die vier Jahreszeiten. Mit Illustr., geb. (M. 4) M. 2. — Grube, geographische Characterbilder, 3 Bde., geb. (M. 13,25) M. 7. — Maier Rothschild, Handbuch der ges. Handelswissenschaften, 2 Bde., 2. Aufl., 1879 (M. 10) M. 5. — Meyer's Convers.-Lexicon, 3. Aufl., 15 Bde., eleg. geb. w. neu (M. 150) M. 90. — Pierer's Conversations-Lexicon, 6. Aufl., 18 Bde, eleg. geb w. neu (M. 128) M. 72. — Hogarth's Kupferstiche, gute Abdrücke, (M. 35) M. 18. — Bock, Das Buch vom ges. und kranken Menschen, 12. Aufl. (M. 9) M. 6. — Löschin, Geschichte Danzigs, 2 Bde., M. 6. — Arndt, Bericht aus seinem Leben, 2 Bde., Halbfrzbd. (M. 9) M. 3,50. — Varnhagen, Biogr. Denkmale: Fürst Blücher (M. 6,75) M. 3. — Julius, die Jesuiten, 3 Bde. Mit Stahlstichen, geb. (M. 17) M. 4. — L. Mühlbach, Napoleon und der Wiener Congreß, 4 Bde., geb. (M. 18) M. 4. — Mühlbach, Friedrich der Große u. sein Hof, 3 Bde., und Friedrich d. Gr. u. s. Geschwister, geb., zus. M. 5. — Prutz, kleine Schriften zur Politik und Literatur, 2 Bde., geb. (M. 9) M. 2,50. — Strodtmann, Dichterprofile, 2 Bde. (M. 8,40) M. 3,50. — Gutzkow, die Ritter vom Geiste, 4 Bde., geb. M. 5. — Ebers, der Kaiser, 2 Bde, geb. (M. 12) M. 8,50. — Felix Dahn, Balladen und Lieder, geb. (M. 9) M. 4. — V. v. Scheffel, Waldeinsamkeit. Mit 12 landschafl. Stimmungsbildern, geb. (M. 8) M. 4,50. — Horwitz, das Schachspiel, Anl. z. gründl. Erlernung desselben (M. 1,20) 60 ₰. (8204

Mecklenb. Hypotheken- und Wechselbank in Schwerin.
Die Bank beleiht städtische Grundstücke und Liegenschaften resp. lombardirt Hypotheken unter soliden Bedingungen.
Die General-Agentur.
Wilh. Wehl, Danzig, Brodbänkengasse 12. [9319

Ein gr. Grundstück m. Garten h. am Orte, worin seit vielen Jahren ein Material- und Schankgeschäft m. Vorth. betrieben wird, ist wegen vorgerückten Alters zu verk. Anzahlung 12000 M. wenigstens 9000 M. Adressen unt. 8243 in der Expedition d. Ztg. erbeten.

Ein brauner glatthaariger
Hühnerhund,
(nicht mehr jung), mit vorzüglicher Nase auf Hühner, ist, weil überzählig, billig zu verkaufen
Langenmarkt No. 15.

Zwei elegante halbverdeckte Wagen mit Rücksitz frei achsig sind Vorstädtischen Graben Nr. 24 billigst zu verkaufen. (8247

In der Langgasse,
Postseite, nahe am Langenmarkt, ist ein **Haus zu verkaufen.** Adr. v. Reflect. unter 8249 i. d. Expd. d. Ztg, erbeten. Agenten verbeten.

Zum sofortigen Eintritt suche ich
einen Lehrling
mit guten Schulkenntnissen bei persönlicher Vorstellung. (8262
Eduard Rothenberg,
Jopengasse 12.

Ein rout. Bureauvorsteher, gut situirt, und anständ. Persönlichkeit wünscht als solcher oder Kanzelist rc. bei einem der Herren Rechtsanwälte Danzigs Stellung.
Gef. Adressen unter 8246 in d. Expedition dieser Zeitung erbeten.

Schönen Futterhafer
offerirt billigst (8251
Albert Fuhrmann.

Ein solider junger Mann mit mäßig. Ansprüchen, der am 1. Juli c. eintreten könnte, wird ersucht, mit Anführung seiner gehabten Stellungen, seine Adresse unter 8214 in d. Expedit. dieser Zeitung einzureichen.

Erfahrene Landwirthin. in der feinen Köche perfect. empfiehlt **A. Rose** Wittwe, Beutlergasse 1. (8237

Ein Manufacturist,
tüchtiger Verkäufer und Lagerist, sucht per 1. Aug. oder 1. Sept. Stell. Auf Wunsch Vorstellung anfangs Juli.
Gef. Offerten unter 8072 in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Der Hangeladen
Gr. Wollwebergasse 4 ist zum 1. Octob. zu vermiethen. (8242

Holzfeld an der Weichsel
zu vermiethen vom 1. August ab. Näheres Jungstädtischer Holzraum beim Inspektor **Lämmer.** (8264

---

2 Pferdeställe nebst Futtergelaß sind Krebsmarkt 4/5 sofort zu vermieth. Näheres Reitbahn 21.

Ein Papagei (Neu-Holländer) ist im Heubuder Walde eingefangen. Der rechtmäßige Eigenthümer kann denselben im Forst-Hause gegen Insertions- und Futterkosten in Empfang nehmen.

Eine Comptoir-Gelegenheit ist Hundegasse 92 vom 1. October zu vermiethen.

Danziger Männer-Gesang-Verein.
Dienstag, den 14. Juni, Abends
präcise 7½ Uhr,
im Gewerbehause
außerordentliche Generalversammlung:
Tages-Ordnung:
Wahl von Delegirten zur Generalversammlung des Preuß. Provinzial - Sängerbundes in Elbing. (8193
Der Vorstand.

Sängerkreis.
Dienstag, den 14. Juni, präcise Abends **8 Uhr,** Gesangstunde zum Elbinger Sängerfest.
Der Vorstand.

Die Kegelbahn
in der „**Gedania**", (halbe Allee), wird hiermit allen Kegelschützen als auf's beste eingerichtet angelegentlichst zur Benutzung empfohlen.

Zoppot.
כשר **Mittagstisch** wird während der Bade-Saison verabreicht.
Näheres bei (8210
H. Herrmann, Zoppot.

Caféhaus zur halben Allee
Jeden Dienstag u. Donnerstag
Garten-Concert
ausgeführt von der Kapelle des 1. Leib-Husaren-Regiments No. 1 unter Leitung des Musik-Directors Herrn **F. Keil.** Anfang 4½ Uhr. Entree 10 ₰. Kinder frei. (8245
J. Kochanski.

Verloren.
Auf dem Bahnhof Leege Thor ist ein schw. **Medaillon** mit einem Brillanten, enthaltend eine Männerphotographie, nebst goldener Kette verloren. Der ehrliche Finder erhält
25 Mk. Belohnung
bei **L. Lichtenfeld,** Breites Thor 128/129. (8215

Unka Brief zu spät.

Druck u. Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.
Hierzu eine Beilage.